

**Frank Deppe**

## **Krise der Demokratie – auf dem Weg zu einem autoritären Kapitalismus?<sup>1</sup>**

### *1. Die „Rückkehr des Reaktionärs“*

Der Frankfurter Pädagogik-Professor Micha Brumlik hat sich jüngst mit dem „Umstand“ auseinandergesetzt, „dass wir gegenwärtig in vielen Bereichen mit reaktionären Tendenzen konfrontiert sind. Insbesondere im Erziehungs- und Bildungswesen erleben wir einen tiefgreifenden psychosozialen und kulturellen Bruch, der die Mentalitäten und Lebensweisen ebenso stark verändern wird, wie das die vierzig Jahre zurückliegende Studentenbewegung getan hat“ (Brumlik 2008: 56). Er bezieht sich dabei z. B. auf das Buch „Lob der Disziplin“ von Bernhard Bueb, in dem die Anerkennung von Hierarchie und Ordnung im Erziehungsprozess gefordert wird. Das Buch konnte sich lange an der Spitze der Bestsellerlisten halten. Dazu erwähnt er Interventionen katholischer Bischöfe in Debatten über Kunst oder über Kinderkrippen und die Berufstätigkeit von Frauen, Thesen von Eva Hermann über „Mutterschaft“ usw. usf. Die „Rebellion“ im Namen traditioneller Werte – Familie, Glaube, Vaterland – verbindet sich in der Regel mit heftigen Angriffen auf die Generation der 68er, die in diesem Jahr auf 40 Jahre deutscher und internationaler Geschichte zurückblickt. Die „Kulturrevolution“ der 60er und 70er Jahre, die die konservativen Werte nicht nur praktisch in Frage stellte sondern auch deren Bedeutung für den „Untertanengeist“ und die „Staatsunterwürfigkeit“ der Deutschen herausgestellt hatte, wird nunmehr von den Reaktionären für alle Übel moderner kapitalistischer Vergesellschaftung verantwortlich gemacht<sup>2</sup>. Die „Revanche für 68“ – seit den 70er Jahren das zentrale Anliegen konservativer Kultur- und Bildungspolitik – scheint sich endlich zu vollenden. Dass dabei auch auf die Unterstützung durch ehemalige Maoisten und Linksradikale zurückgegriffen wird, soll dieser zweiten Abwicklung linker Traditionen in der neueren deutschen Geschichte offenbar besonderes Gewicht verleihen<sup>3</sup>.

Die „Rückkehr des Reaktionärs“ ist stets mit – direkten oder indirekten - Angriffen auf die Demokratie verbunden. Greifen wir einige Beispiele heraus:

- Dem Schriftsteller Martin Mosebach wurde 2007 mit dem Georg-Büchner-Preis einer der höchsten Literaturpreise dieses Landes verliehen. Mosebach ist bekennender katholischer Traditionalist und damit (nach eigener Aussage) „Reaktionär“. In seiner Rede ging er auf Büchner „Dantons Tod“ ein und nannte Saint-Just, der auch den „Terreur“ gerechtfertigt hatte, im gleichen Atemzug mit Heinrich Himmlers Rede über „SS-Moral“<sup>4</sup>. Saint-Just war radikaler Demokrat und

<sup>1</sup> Dieser Artikel basiert auf einem Vortrag, den ich zum gleichen Thema am 9. Dezember 2007 bei einer Veranstaltung der „Initiative Politikwechsel“ sowie von „wissentransfer“ gehalten habe.

<sup>2</sup> Kai Diekmann, Chefredakteur der „Bild“-Zeitung, hat ein Buch veröffentlicht, in dem er die 68er für den „Werteverfall“ in Deutschland verantwortlich macht. Er selbst produziert täglich mit seinem Massenblatt Werteverfall und die Zerstörung ethischer (journalistischer) Standards zum Zwecke des Profits.

<sup>3</sup> Ein besonders abstoßendes Beispiel bieten die neuesten Ausführungen des einst maoistischen Historikers Goetz Aly zu „1968/1933“. Aly ist natürlich Stammgast in den Talkshows und gilt als besonders qualifizierter Zeitzeuge und wissenschaftlicher Interpret der Geschichte (vgl. vgl. dazu Bischoff / Lieber 2008).

<sup>4</sup> „Ob die anderen Völker im Wohlstand leben oder ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur soweit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen, anders interessiert mich das nicht. Ob

hatte für eine Verfassung gekämpft, die die Volkssouveränität praktisch werden lässt. Mosebach wiederholt nur, was primitivste Varianten der Totalitarismustheorie im Kalten Krieg am Beispiel der politischen Theorie von Rousseau unterstellten: radikale (plebiszitäre) Demokratie – verbunden mit radikaler Kritik an bestehender sozialer Ungleichheit – führt zum Terrorismus, d.h. letztlich zum Kommunismus. Mosebach kann als katholischer Traditionalist diesen Strang der Geschichte der Demokratietheorie und der Revolution nur mit Schrecken betrachten; denn stets befand sich die katholische Kirche (seit der Aufklärung und der bürgerlichen Revolution) auf Seiten der Reaktionen, die gegen die Revolution und gegen die Demokratie kämpften. Herr Mosebach vergaß auch zu erwähnen, dass die Faschisten in der Zwischenkriegesperiode (in Kroatien, in Ungarn, in der Slowakei, in Polen, in Spanien und Portugal, aber auch in Italien und im Deutschen Reich) stets den Segen der Päpste und ihrer nationalen Bischöfe hatten, wenn sie mit Gewalt und Terror gegen die „Ungläubigen“, d.h. gegen die Bolschewisten, vorgingen. Mosebachs Auslassungen waren nicht besonders überraschend. Dass er freilich den höchsten Literaturpreis, der einem deutschen Vormärz-Revolutionär und dem Verfasser des „Hessischen Landboten“ gewidmet ist, erhält, reflektiert den geistigen Zustand der Elite unseres Landes ebenso wie das Bemühen des FAZ-Feuilletons, die Rede von Mosebach als „Jahrhundertrede“ hochzujubeln (Salomon 2007).

- Zum 100. Geburtstag von Claus Schenck Graf von Stauffenberg, der am 20. Juli 1944 eine Bombe in Hitlers Hauptquartier abstellte und für diese – leider nicht erfolgreiche - Tat des Widerstandes gehenkt wurde, erschien eine Biographie, die auf die Prägung dieses preußischen Aristokraten durch den elitären Zirkel um den Dichter Stefan George aufmerksam machte. Gleichzeitig fanden in Berlin Dreharbeiten zu einem amerikanischen Film über Stauffenberg statt, in dem dieser durch den bekennenden Scientologen Tom Cruise dargestellt wird. Stauffenberg war mutig und er riskierte im Widerstand gegen Hitler, dem er gut 10 Jahre gedient hatte, sein Leben. Er war freilich kein Demokrat. Im ersten Jahr des Krieges schrieb er an seine Frau Nina aus dem besetzten Polen: „Die Bevölkerung ist ein unglaublicher Pöbel, sehr viele Juden und sehr viel Mischvolk. Ein Volk, welches sich unter der Knute wohlfühlt. Die Tausenden von Gefangenen werden unserer Landwirtschaft recht gut tun“. Bemerkenswert ist auch hier, dass Tom Cruise für diese Rolle den „Courage-Bambi“-Preis erhielt. Der Laudator Frank Schirmmacher (FAZ-Feuilleton), der immer wieder austestet, was der deutschen Elite an konservativem Denken zuzumuten ist, erhob Stauffenberg zum Helden des Widerstandes (wobei der wirkliche, demokratische Widerstand der Linken und der Arbeiterbewegung völlig ignoriert wird) und den Anhänger einer primitiv antidemokratischen Pseudoreligion Tom Cruise zum Helden im Kampf für die Anerkennung Deutschlands in der Welt. Tome Cruise, so Schirmmacher, werde „das Bild, das die Welt sich von uns Deutschen macht, verändern“ (Die Zeit, 6. 12. 07).

- Der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog – berühmt für seine offenbar wenig erfolgreichen „Ruck-Reden“ - hat sich besorgt über die Ergebnisse der Wahlen in Bremen, Niedersachsen, Hessen und Hamburg geäußert, in denen der Linkspartei der Einzug in westdeutsche Parlamente gelungen ist. Zumindest in Hessen sind

---

bei dem Bau eines Panzergrabens 10 000 russische Weiber an Entkräftung umfallen oder nicht, interessiert mich nur insoweit, als der Panzergraben für Deutschland fertig wird. Wir werden niemals roh und herzlos sein, wo es nicht sein muss; das ist klar. Wir Deutschen, die wir als einzige auf der Welt eine anständige Einstellung zum Tier haben, werden ja zu diesen Menschentieren eine anständige Einstellung einnehmen ...“ (Heinrich Himmler am 4. Oktober 1943 bei der SS-Gruppenführertragung in Posen, Hofer 1957: 113).

dadurch die Probleme der Regierungsbildung erheblich kompliziert worden. Herzog schlägt vor, im Interesse der Regierbarkeit das Wahlrecht zugunsten des Mehrheitswahlrechtes (nach dem Vorbild von Großbritannien und der USA) zu ändern; denn auf diese Weise könnten die – zuletzt erfolgreichen – kleinen Parteien aus den Parlamenten herausgehalten werden. Der Vorschlag von Herzog würde auf eine drastische Einschränkung demokratischer Repräsentation hinauslaufen.

- Die Auftritte von Neonazis, die sich unumwunden zu faschistischer Ideologie und zur Tradition z. B. der SS bekennen, sind immer auch offene Angriffe auf die Menschenrechte und die Demokratie. Mehr als 100 Menschen wurden auf deutschen Straßen von Anhängern solcher Ideologie ermordet, weil sie die falsche Hautfarbe hatten. Die zurückhaltende Reaktion des Staates auf diese Verbrechen – auch im Vergleich zur Reaktion des Staates auf den „linken Terrorismus“ der 70er und 80er Jahre – lässt erkennen, dass die antidemokratischen Gefahren von rechts eher verharmlost werden.

- Schließlich hat der Einsatz von Polizei und Militär beim G-8-Gipfel in Heiligendamm (Anfang Juni 2007) den Sicherheits- und Ausnahmezustand, der demokratische Grundrechte außer Kraft setzt, in geradezu reiner Gestalt erkennen lassen: Razzien im Vorfeld, Bau eines 13 km langen Zauns, Einsatz militärischen Geräts gegen die Demonstrationen am Rande des Gipfels, Einsatz polizeilicher Sondereinheiten und von Agents provocateurs, Käfighaltung von Gefangenen und vieles andere mehr (vgl. Feindbild Demonstrant 2008).

## *2. Der Ausbau des präventiven Sicherheitsstaates im Namen des Krieges gegen den Terrorismus*

Der US-amerikanische Präsident George W. Bush erklärte nach den Angriffen des 11. September 2001 den „Krieg gegen den Terrorismus“ – ohne zeitliche und räumliche Begrenzung – zur Hauptaufgabe amerikanischer Politik. In den folgenden Kriegen in Afghanistan und im Irak sollten sich auch die Verbündeten anschließen. Im Kampf gegen den Terrorismus werden die Menschenrechte außer Kraft gesetzt (Guantanamo, Anwendung von Foltermethoden, Verschleppung von Verdächtigen, geheime Gefängnisse etc. pp.). Zugleich muss die „innere Sicherheit“ durch weitere Überwachungsmethoden, durch den Ausbau der Geheimdienste und der Polizei, deren Kompetenzen gleichzeitig erweitert werden, gewährleistet sein. Dieser „Krieg“ bedeutet – wie jeder Krieg - eine massive Einschränkung der Demokratie; er ist die „Stunde der Exekutive“. In der Bundesrepublik Deutschland hat sich vor allem der Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) – in der Fortführung der Politik seines Vorgängers Otto Schily (SPD) - mit Gesetzesinitiativen profiliert, die den „präventiven Sicherheitsstaat“ festigen und ausbauen sollen. Die Kompetenzen für die „Sicherheitsorgane“ (Polizei, Militär, Geheimdienste) sollen erweitert werden. Eingriffe in die verfassungsrechtlich geschützte Privatsphäre der Bürger – vor allem deren Überwachung – werden erlaubt; auch soll die „Lizenz“ zum Töten und Foltern erteilt werden (Fisahn 2007). „Guantanamo“, so sagte Schäuble in einer Pressekonferenz, sei die „richtige Lösung“ im Krieg gegen den Terrorismus. Wer dies kritisiere, möge doch sagen, wie man es anders und *besser machen* soll. Schäuble will Verfassungsänderungen erzwingen, u.a. den Einsatz der Bundeswehr im Innern; denn „nationale Rechtsordnungen wie internationales Recht werden den neuen Formen der Bedrohung (i.e. der islamische Terrorismus) nicht mehr ausreichend gerecht“. Die Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit, also auch die

Trennung der Kompetenzen von Polizei und Armee, sei nicht länger aufrechtzuerhalten (Singe 2008: 108 ff.). Gegen diese Infragestellung liberaler Verfassungsprinzipien, die mit den Grundrechten zugleich die Freiheit der Bürger gegen den Machtanspruch des Staates sichern sollen, wenden sich einige „Altliberale“, wie der ehemalige Innenminister Gerhard Baum (FDP) und die ehemalige Justizministerin Sabine Leutheuser-Scharrenberger (2008). Vor dem Bundesgerichtshof und dem Bundesverfassungsgericht haben liberale Anwälte bereits Erfolge gegen solche Gesetzesinitiativen bzw. gegen Maßnahmen der Bundesanwaltschaft – z. B. bei der Durchsuchung von Wohnungen und der Beschlagnahmung von Dokumenten – erzielt. Das Bundesverfassungsgericht hält in seiner Mehrheit nach wie vor am Schutz der Individualrechte gegen den Staat fest. Der Richter Udo di Fabio, selbst ein prominenter Vertreter des Konservatismus, verteidigt gegen Schäuble und d.h. gegen die Bundesregierung die „Selbststachtung des Rechtsstaates“. Er „kreidet den Propheten des Rechtswandels einen Sein-Sollens-Fehlschluss an... Selbst aus der Tatsache des Anschlags auf das World Trade Centre sollte man nicht auf die Entbehrlichkeit solcher Gesetze wie der Unterscheidung von Krieg und Terrorismus schließen“.

Hauptgegner des Innenministers und seiner juristischen Ratgeber ist derzeit die Mehrheit der Richter des Bundesverfassungsgerichtes. Diese haben in einem Urteil zum Luftsicherheitsgesetz dem Staat die Abschussermächtigung für ein von Terroristen gekapertes Flugzeug verweigert. Das Gericht berief sich dabei auf das Recht auf Leben in Verbindung mit der Menschenwürdegarantie (nach Art. 1 GG) derjenigen, die als tatunbeteiligte Menschen an Bord des Luftfahrzeuges betroffen wären. Das Gericht argumentierte: „Wenn bei der Abwehr eines terroristischen Angriffes mit einem Luftfahrzeug voraussichtlich unbeteiligte Passagiere zu Schaden kommen, hat die Bundesrepublik Deutschland auf erfolgversprechende Abwehrmaßnahmen, insbesondere auf einen Abschuss zu verzichten“ (zit. n. Depenheuer 2007: 25). Gegen dieses Urteil und die darin vertretene Interpretation des Art. 1 GG läuft Schäuble zusammen mit konservativen Staatsrechtslehrern, die sich meist auf den „Kronjuristen konservativer Rechtspolitik“, Josef Isensee beziehen, Sturm. Inzwischen wird er auch von dem Verteidigungsminister Jung unterstützt, der - ohne von der Kanzlerein gerügt zu werden – gegen das Karlsruher Urteil einen übergeordneten Notstand beschwört, der es ihm doch noch erlaubt, ein solches Flugzeug durch die Bundeswehr abschießen zu lassen.

Schäuble selbst verwies auf die Schrift des Kölner Staatsrechtslehrers Otto Depenheuer mit dem Titel „Selbstbehauptung des Rechtsstaates“. Die Kritik an den liberalen Vorstellungen der Mehrheit im Bundesverfassungsgericht durchzieht diese Schrift gleich einem roten Faden. Für Depenheuer ist mit dem 11. September – allgemeiner: mit der „terroristischen Herausforderung“ (ebd. 11 ff.) der „Ernstfall“ eingetreten. Die Sicherheit, allgemeiner: die „Selbstbehauptung des Staates“, kann nur dann gewährleistet werden, wenn der „Ausnahmestand“ als „Paradigma des Regierens bei der ‚Verteidigung‘ gegen den Terrorismus“ anerkannt wird (ebd. 52). Carl Schmitt, der berühmte „Kronjurist des Dritten Reiches“ (vgl. Deppe 2003 157 – 206) ist gleichsam der geistige Pate dieser Schrift. So wird auch sein berühmter Satz: „Souverän ist, wer über den Ausnahmestand entscheidet“ (53) zitiert. Dieser – so Depenheuer – wird zum „Paradigma des Regierens“ bei der Verteidigung gegen den Terrorismus (52). In diesem Krieg wird es unvermeidlich Opfer geben. Der „freiheitliche Rechtsstaat“ darf „die Opferbereitschaft seiner Bürger“ verlangen – nicht nur als „Loyalitätspflicht“, sondern auch als patriotische Hingabebereitschaft (76).

Arbeitgeberpräsident Hans Martin Schleyer brachte 1976 das erste deutsche „Bürgeropfer“ im Krieg gegen den Terrorismus (96). Wenn die Särge der Opfer dieses Krieges aus der ganzen Welt nach Deutschland zurückkehren, dann wird es der Staat nicht versäumen, sich selbst als den Ausdruck einer Schicksalsgemeinschaft, eines Solidarverbundes zu inszenieren und den Kriegsoffern Denkmäler errichten (87 ff.).

Schäuble und Depenheuer argumentieren wie Carl Schmitt, der für die Diktatur (zuerst die des Reichspräsidenten, danach die von Adolf Hitler) plädierte, aber sie verfolgen nicht das Ziel der Errichtung einer Notstands-Diktatur in Deutschland. Kein Abgeordneter des Deutschen Bundestages würde wohl einem Antrag zustimmen, der die 1968 beschlossene „Notstandsverfassung“ in Kraft setzen möchte – zur „Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand des Bundes oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes“ (innerer Notstand: Art. 35, 87a und 91GG; äußerer Notstand: Art. 115a-i GG). Ihnen geht es – wie schon bei der ersten Stufe des Kampfes gegen den Terrorismus und des Aufbaus des „Sicherheitsstaates“ in den 70er Jahren - um den Ausbau des „präventiven Sicherheitsstaates“ und um eine Modifikation der Grundrechtsinterpretation durch das BVerfG. Die staatlichen Exekutiv- und Repressionsapparate sollen nicht nur ausgebaut, sondern auch demokratischer Kontrolle entzogen werden. Der Kriegs- bzw. Ausnahmezustand, der zur Legitimation dieser Verselbständigung von Staatsapparaten, die der Kontrolle der Individuen und der Gesellschaft gewidmet sind, ist nicht einmal real, sondern muss konstruiert werden. Udo di Fabio macht mit Recht darauf aufmerksam, dass auch im Falle des Umgang mit realer terroristischer Gefahr (die es zweifelsfrei gibt) keineswegs ein „Rechtswandel“ erforderlich sei, der die „Unterscheidung von Krieg und Terror“ verwischt. Bei Schäuble als dem politisch Verantwortlichen für die Sicherheitsorgane zeigt sich hingegen eindeutig die Tendenz, dass von diesen Organen in der Regel die Gefahren für die innere und äußere Sicherheit übertrieben werden, um ihre eigene Existenz und zu rechtfertigen und ihre Haushaltslage zu verbessern. Im übrigen waren seit den 70er Jahren nahezu alle terroristischen Organisationen von Geheimdienstleuten durchsetzt; in Italien inszenierten diese – unter Mitwirkung der CIA – in den 70er Jahren Anschläge und Attentate, um auf diese Weise das Land, in dem der Einfluss der kommunistischen Partei und der Linken insgesamt zugenommen hatte, so zu destabilisieren, dass ggf. ein Militärputsch (wie schon zuvor in Griechenland unter NATO-Anleitung) zu rechtfertigen sei<sup>5</sup>.

Die Bemühungen, den Staatsapparat angesichts einer „gigantischen“ - wenn auch noch oft unsichtbaren - Gefahr („islamischer Terrorismus“) zu stärken, stehen nicht nur im Zusammenhang mit dem von den USA geführten realen „Krieg gegen den Terrorismus“, der ungeheure Opfer fordert, die Menschenrechte außer Kraft setzt (Folter, Guantanamo) und das Völkerrecht mit Füßen tritt. Sie stehen offensichtlich auch in einem Zusammenhang mit der Entwicklung des neoliberalen Hegemoniezyklus. Auf der einen Seite bedeutet die Durchsetzung neoliberaler Politik, d.h. die Schaffung von - national und global - optimalen Bedingungen für die Kapitalverwertung, dass nach dem erfolgreichen Umbau des „nationalen keynesianischen Wohlfahrtsstaates“ der „Golden-Age-Periode“ zum „Wettbewerbsstaat“ der Abbau des Rechtsstaates und der Aufbau des präventiven Sicherheitsstaates in Angriff genommen wird. Die Gründe dafür liegen einerseits

---

<sup>5</sup> Vgl. dazu das gerade auf deutsch erschienene Buch des Schweizer Wissenschaftlers Daniele Ganser: Die NATO-Geheimarmeen in Europa, Zürich 2008.

darin, dass die Durchsetzung neoliberaler Politik soziale Spaltungen, Finanzkrisen, Massenarmut u.a. als Folge der Massenarbeitslosigkeit, Werteverfall, eine Kriminalisierung der Ökonomie (schmutziges Geld, illegale Arbeit, Waffen- und Menschenhandel, Drogen, vgl. Altvater / Mahnkopf 2002) hervorbringt, denen die Nationalstaaten und die internationalen Organisationen durch die Stärkung ihrer Sicherheitsapparate sowie durch den Ausbau staatlicher Kontrollsysteme begegnen. Mit anderen Worten: je erfolgreicher die neoliberale Politik durchgesetzt wird, um so mehr artikulieren sich die sozialen, kulturellen und auch politischen Widersprüche, die diesem Projekt des Kapitals eingeschrieben sind. Der neoliberale Hegemoniezyklus hat seinen Höhepunkt längst überschritten, ohne dass sich schon ein „Block gegenhegemonialer Kräfte“ gebildet hätte, der einen Politikwechsel herbeiführen könnte. Dennoch: die politische Klasse muss sich heute mehr der Reparatur der Schäden zuwenden, die die sog. „Reformen“ (zum Beispiel die „Agenda 2010“) erzeugt haben. Die Gralshüter der neoliberalen Ideologie stellen daher die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland in der jüngsten Zeit einen „Linksruck“ erlebt, weil die Regierung der Großen Koalition im Bereich der Sozialpolitik einige geringfügige Korrekturen vorgenommen hat und die Gewerkschaften – aufgrund der Verbesserung der konjunkturellen Lage und einer leichten Entspannung auf dem Arbeitsmarkt in den Jahren 2006/07 – in der Lohnpolitik einige Erfolge vorweisen können. Der harte Kern der Neoliberalen geht angesichts der Erosion neoliberaler Hegemonie nach rechts, d.h. er bewegt sich auf die Akzeptanz des autoritären Staates (im Sinne von Depenheuer, in der Tradition von Carl Schmitt) zu. In letzter Instanz erwägen jedoch auch die Sicherheitsexperten des herrschenden Blocks den Einsatz der staatlichen Repressionsinstrumente gegen soziale und politische Bewegungen, die nicht nur die neoliberale Politik, sondern das System der kapitalistischen Weltherrschaft verändern wollen. Die Mobilisierung dieser Instrumente beim G-8-Gipfel in Heiligendamm 2007 hat insofern einen Vorgeschmack auf solche Auseinandersetzungen gegeben.

Auf dem Felde der internationalen Politik gerät die neoliberale Hegemonie im 21. Jahrhundert zunehmend auf Grenzen des Widerspruchs und des Widerstandes. Der Anspruch der Führung der USA, im Interesse des globalen Kapitalismus auch für globale Sicherheit (im Hinblick auf die Informationssysteme, die Rohstoffversorgung, die internationalen Transportwege) zu sorgen und dabei – gleichsam als „Weltpolizist“ (vgl. Speck / Sznajder 2003; Deppe u.a. 2004) – militärische Gewalt anzuwenden, hat in Afghanistan sowie vor allem im Irak zu furchtbaren Menschenverlusten, aber auch zu schmachvollen Niederlagen des US-Militärs geführt, die in der Innenpolitik der USA zu einem totalen Ansehensverlust der Regierung unter George W. Bush beigetragen haben<sup>6</sup>. Da die USA derzeit –

---

<sup>6</sup> Der moralische Anspruch, mit dem diese Politik begründet wurde, ist vollständig verbraucht – nicht nur durch die Lügen, mit denen der Überfall auf den Irak begründet wurde, sondern auch durch die geschäftlichen Interessen, die führende Mitglieder der US-Administration verfolgten - allen voran Vizepräsident Dick Cheney als Vertreter der Firma Halliburton, die schon vor Kriegsbeginn die Millionenaufträge für den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Anlagen, die inzwischen privatisiert wurden, erhielt. Am 19. September 2003 – sofort nach dem Sturz des Saddat-Regimes – erließ der Chef der amerikanischen Besatzungsbehörde, Paul Bremer, 4 Direktiven – u.a. „die volle Privatisierung öffentlicher Unternehmen, volle Eigentümerrechte für die im Irak tätigen ausländischen Unternehmen, volle Rückübertagung von Profiten ins Ausland ...die Öffnung der irakischen Banken für ausländische Kontrolle ... und die Eliminierung von fast allen Handelsbarrieren“ (nach Harvey 2005:6). Der Zusammenhang von Kriegspolitik (die zynisch Millionen von Menschenopfern und Flüchtlingen in Kauf nimmt) und Kapital- bzw. privaten Profitinteressen ist so offensichtlich, dass er eher „vulgärmarxistischen“ Vorstellungen vom Staat als „Agenten der Monopole“ und der herrschenden Klasse entspricht. Im Krieg – so könnte man sagen – erscheint eben die Politik in reiner Form: als – in

ausgehend von der Finanzkrise an der Wall Street – in eine Rezession eintreten (deren Tiefe noch längst nicht abzusehen ist), wird die Politik in hohem Maße herausgefordert, durch regulative Maßnahmen im Bereich der Finanzmärkte den Umschlag in einen katastrophischen Zusammenbruch des „Dollar-Wall-Street-Regimes“ (Peter Gowan) zu verhindern. Den USA ist es ebenfalls nicht gelungen, den Linksschwenk in Lateinamerika, der eine politische Antwort auf die verheerenden ökonomischen und sozialen Wirkungen neoliberaler Politik der 80er und 90er Jahre ist, einzudämmen oder sogar – im Falle Venezuelas und Boliviens – durch gewaltsame Interventionen nach dem Muster der US-Politik im Kalten Krieg (Guatemala, Kuba, Dominikanische Republik, Grenada, Panama etc.) – zu liquidieren.

Der Ausbau des präventiven Sicherheitsstaates – so ließe sich die bisherige Argumentation zusammenfassen – dient mithin *nicht* dem Ziel einer kurzfristig geplanten Errichtung einer Diktatur und der Ausschaltung des Grundgesetzes. Die Einschränkung der Bürgerrechte und der Ausbau der Kompetenzen der Sicherheitsorgane – im Rahmen der Verfassung - dient einerseits der Stärkung des Staates im Umgang mit den neuen „Sicherheitsrisiken“ und der Zunahme der Kriminalität als Folge der marktradikalen Umbaus von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Darin – z. B. bei der Überwachung der Flugpassagiere - durchdringt im übrigen der Staatsapparat der USA die Staatsapparate der verbündeten Staaten und festigt so seine Vorherrschaft in der kapitalistischen Welt (Panitch / Gindin 2003). Auf der anderen Seite sind solche Maßnahmen längerfristig strategisch darauf angelegt, die Sicherheitsinteressen der herrschenden Klassen bzw. des „Blocks an der Macht“ auch im Hinblick auf erwartete soziale und politische Gegenkräfte und -bewegungen wahrzunehmen. Die Strategen des autoritären Staates nutzen dabei derzeit die Schwäche der Radikaldemokraten und der sozialistischen Linken aus, um schon jetzt für zukünftige Optionen eine legale Basis zu schaffen und damit freie Hand zu haben.

### *3. Krise der Partizipation und Repräsentation*

Bislang wurde der Abbau der Demokratie durch die Stärkung des präventiven Sicherheitsstaates gleichsam „von oben“ betrachtet. In der Öffentlichkeit ist die Debatte über das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit inzwischen angelangt. Erste Veranstaltungen mit dem Thema „Notstand der Demokratie“ finden auch im gewerkschaftlichen Bereich statt. Gleichwohl kann von einer relevanten sozialen und politischen Bewegung gegen den Demokratieabbau in Deutschland derzeit kaum gesprochen werden. In den 60er Jahren gab es eine breite außerparlamentarische Bewegung gegen die Notstandsgesetze, die schließlich im Jahre 1968 mit Zustimmung der SPD (die seit 1966 in einer Großen Koalition mit der CDU/CSU regierte) verabschiedet wurden. Innerhalb des DGB vertrat eine Mehrheit die Ablehnung der Notstandsgesetze, die vor allem von der IG Metall und ihrem damaligen Vorsitzenden Otto Brenner getragen wurde (Becker / Jentsch 2007: 253 ff.; Brenner 2007: 374 ff.). An den Universitäten gab es sowohl unter den Professoren als auch unter den Studierenden eine starke Kritik an dem Gesetzesvorhaben. Im ganzen Lande gab es 1967/68 lokaler Anti-Notstands-Komitees; während der dritten Lesung im Bundestag kam es auch zu einigen politischen Streiks. Zahlreiche Hochschulen waren „besetzt“ und die Besetzer

---

letzter Instanz - ein Gewaltverhältnis, dessen Inhalt von der Durchsetzung partikularer sozialer Interessen (hier von Profitinteressen) bestimmt wird.

forderten den Generalstreik. Die Generation der damals über Vierzigjährigen hatte den Niedergang der Weimarer Republik, die Machtübertragung an Hitler und den Terror der Faschisten sowie den Krieg erlebt bzw. überlebt. Sie kämpften auch im DGB dafür, dass sich die Position eines Georg Leber (damals Vorsitzender der IG Bau, Steine, Erde), der für die Beteiligung der SPD und der Gewerkschaften an der Ausformulierung der Notstandsgesetze warb, nicht durchsetzen konnte<sup>7</sup>. In den 70er Jahren gab es eine breite Bewegung gegen die Berufsverbote, die ebenfalls die Grundrechte der Verfassung gegen den sog. „Radikalenerlass“ verteidigte. In den 80er Jahren entwickelte sich eine breite Bewegung gegen die Volkszählung. Das Bundesverfassungsgericht sorgte damals in einem Aufsehen erregenden Urteil dafür, dass dem Staat Grenzen im Hinblick auf das Erheben von Daten über die Privatsphäre der Bürger gesetzt wurden. Diese Bewegung stützte sich auf die Kraft der „neuen sozialen Bewegungen“, die in den 70er Jahren entstanden waren und aus denen in dieser Zeit die Partei der „Grünen“ hervorging. Deren ursprünglich radikaldemokratische Programmatik war auch gegen alle Ansätze eines Sicherheitsstaates bzw. eines „Big Brother“ gerichtet. Von solchen Kräftekonstellationen sind wir derzeit weit entfernt. Um die Frage nach den Gründen zu beantworten, müssen wir auf das Thema der Krise der Demokratie „von unten“ eingehen.

Demokratie definiert sich über die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger. Dass sich „das Volk“ (der „Demos“) selbst regiere (Volkssouveränität), „durch Wahlen und Abstimmungen“ (Art. 20 GG), umschreibt den Anspruch der Demokratie als politische Herrschaftsform. Freilich war schon in der Antike damit die Herrschaft der Besitzenden (und nicht die der gesamte Bevölkerung, von der die große Mehrheit überhaupt nicht über den Bürgerstatus verfügte) gemeint (vgl. Canfora 2006). Die Entwicklung der modernen Demokratie – seit den bürgerlichen Revolutionen – steht im Zusammenhang mit der Herausbildung der bürgerlichen Klassengesellschaft auf der Basis kapitalistischer Eigentums- und Produktionsverhältnisse (Deppe 1997). Das System der repräsentativen Demokratie, das sich im 20. Jahrhundert gegen die Ansätze direkter Demokratie („Rätesystem“) durchgesetzt hat, sieht nicht nur die Beteiligung der Bürger an den Wahlen, sondern auch deren politisches Engagement (durch Mitgliedschaft in Parteien und Interessengruppen) als Maßstab für deren Qualität und Funktionsfähigkeit vor. Dazu gehört auch eine politische Öffentlichkeit, in der nicht nur lebhaft über die Entscheidungen im politischen System selbst zwischen verschiedenen Interessen und Positionen gerungen wird und in der die Medien (also das Pressewesen sowie Rundfunk und Fernsehen) eine entscheidende Rolle spielen: sowohl als Instanzen der Kontrolle von demokratisch nicht legitimierter politischer Machtzusammenballung als auch als Instanzen der Information der Bürgerinnen und Bürger. Auf diese Weise tragen sie zugleich Verantwortung für das politische Wissen und Bewusstsein. Zugleich wirken die Medien – nach dieser idealen Vorstellung – als Sprachrohr der Zivilgesellschaft gegenüber der politischen Klasse.

Wenn wir diese Kriterien für die Selbstbeschreibung demokratischer Herrschaftsformen zugrunde legen, lässt sich für die Entwicklung der letzten beiden Jahrzehnte eindeutig eine Tendenz zur Krise der politischen Partizipation

<sup>7</sup> Georg Leber, der schon in den späten 50er Jahren in seiner Gewerkschaft – nach dem KPD-Verbot – den „Notstand“ ausgerufen hatte und mit höchst undemokratischen Methoden (d.h. mit Hilfe der Polizei) die Gewerkschaft von Kommunisten „gesäubert“ hatte, wurde für seine Anstrengungen belohnt, indem ihm schließlich von 1972 bis 1978 das Verteidigungsministerium in der Bundesregierung übertragen wurde.



konstatieren. Die Wahlbeteiligung schwankt natürlich – aber insgesamt dominiert doch der Trend zu einer deutlich reduzierten Wahlbeteiligung, in dem sich zugleich eine Gleichgültigkeit bzw. negative Einstellung gegenüber dem Anspruch, dass „das Volk“ in Wahlen seine Macht ausübe, artikuliert: die meisten, die nicht mehr zur Wahl gehen, haben das Interesse an Politik verloren bzw. stellen resigniert fest, dass sie über Wahlen „eh“ nichts ausrichten können“. Solche Einstellungen dominieren vor allem in den unteren Gesellschaftsklassen. In den alten Arbeiterwohnbezirken der Großstädte – mit einer hohen Arbeitslosenrate, überdurchschnittlich viel Sozialhilfeempfängern und Migranten – liegt die Wahlbeteiligung deutlich unter dem Niveau in den sog. bürgerlichen Wohngebieten. Von dieser Entwicklung profitieren vor allem die sog. „bürgerlichen Parteien“: die CDU, die FDP und die „Grünen“. Die SPD hingegen zieht die Verluste auf sich. Dazu kommt, dass die Mitgliederzahlen in den großen Parteien – vor allem aber in der SPD – in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen sind und auch die großen Verbände – die Gewerkschaften ebenso wie die Kirchen – haben in den letzten beiden Jahrzehnten zahlreiche Mitglieder eingebüsst. Wenn zum Beispiel vom „Tod des Ortsvereins“ bzw. des „gewerkschaftlichen Ortskartells“ die Rede ist, so drückt sich darin u.a. eine Entpolitisierung in der Zivilgesellschaft aus: es gibt kaum Organisationen und Institutionen „vor Ort“, in denen über Debatten die Vermittlung zwischen gesellschaftlichen Problemen und politischen Entscheidungen auf der höchsten Ebene hergestellt wird<sup>8</sup>. Schließlich zeichnen sich gerade unter der jüngeren Generationen viele dadurch aus, dass sie sich der „Spaßgesellschaft“ mehr verbunden fühlen als der Politik. Die Entpolitisierung von jungen Menschen, die auch keine Tageszeitung mehr lesen, ist offensichtlich in den letzten Jahren deutlich vorangeschritten und betrifft nicht nur die Angehörigen der Unterschichten und der Marginalisierten, sondern auch große Teile der Studierenden an den Hochschulen<sup>9</sup>.

Die Krise der Demokratie manifestiert sich mithin als Krise der Partizipation und der Repräsentation; denn die Politisierung von Klasseninteressen in der Zivilgesellschaft war eine entscheidende Bedingung für die vermittelnde Funktion von Parteien und Gewerkschaften zwischen der Zivilgesellschaft und dem Staat im engeren Sinne (Parlament, Regierung, Staatsapparat). Eine Folge dieser Krise ist eine wachsende Kluft zwischen der politischen Klasse und den Bürgerinnen und Bürgern, die nicht länger „repräsentiert“ fühlen und daher auch bereitwillig rechtspopulistischen Kampagnen (z. B. über die Bild-Zeitung) zustimmen, nach denen die meisten Politiker korrupt sind und in die eigene Tasche wirtschaften. In dem Maße, wie sich

<sup>8</sup> Politisches Engagement in der Zivilgesellschaft betrifft die Bereitschaft zur Mitarbeit in Institutionen der lokalen Politik (bis zu den Ortbeiräten), in gewerkschaftlichen Gremien und Betriebsräten, in Bürgerinitiativen, in Kirchenvorständen, Sozialverbänden, Vereinen, Kulturinitiativen usw. Selbstverständlich sind solche Aktivitäten nicht vollständig abgestorben. Gleichwohl – so lautet unsere These – ist die Entpolitisierung in der Zivilgesellschaft auch mit der rückläufigen Bereitschaft zum „Ehrenamt“ (wie es bei Ordensverleihungen dann heißt) verbunden. Antonio Gramsci hatte zwischen der politischen Gesellschaft (dem Staat im engeren Sinne) und der „Zivilgesellschaft“ unterschieden (Deppe 2007). Er wusste, dass Hegemonie des „herrschenden Blockes“ niemals allein durch zentralisierte politische Gewalt, sondern durch die Fähigkeit zur Führung in der Zivilgesellschaft – und damit die Zustimmung „von unten“ – bestimmt ist. Zivilgesellschaft war für Gramsci daher ein Terrain des Klassenkampfes, der Kampfes um Hegemonie und Gegenhegemonie.

<sup>9</sup> Natürlich gibt es auch Gegentendenzen: das Interesse junger Leute an Attac und der globalisierungskritischen Bewegung, die Beteiligung an den Aktionen in Heiligendamm (2007), Antifa-Gruppen usw. usf. Die noch vor einigen Jahren von Soziologen wie Ulrich Beck vertretene These, dass die „neue Jugend“ die etablierten Politikformen ablehnt, sich aber – als Individuen – mehr für die neuen Themen der Politik (neue Lebensformen, Kommunikation etc.) interessiert, dürfte inzwischen empirisch „erledigt“ sein (wie so vieles, was Ulrich Beck im Eifer des Schreibens seit den 80er Jahren verkündet).

diese Kluft erweitert, neigen die etablierten Staatsparteien dazu, sich und ihr Personal noch stärker an die materiellen Ressourcen des Staates zu binden und den besten Werbeagenturen die Gestaltung der Wahlkämpfe zu überlassen, bei denen es – für die nächsten vier Jahre - um den Anteil der Verfügung über solchen Ressourcen geht. Politik – so kritisiert Chantal Mouffe in ihrem Essay „Über das Politische“ am Beispiel von New Labour und ihrem Cheftheoretiker Antony Giddens – wird auf „Öffentlichkeitsarbeit reduziert. Da es keinen fundamentalen Unterschied mehr zwischen den Parteien gibt, versuche sie, ihre Produkte mit Hilfe von Werbeagenturen durch cleveres Marketing zu verkaufen. Die Folge ist eine wachsende Politikverdrossenheit und ein dramatisches Sinken der Wahlbeteiligung. Wie lange wird es dauern, bis die Bürger das Vertrauen in den demokratischen Prozess vollkommen verloren haben?“ (Mouffe 2007: 84)

Wenn die Krise der Partizipation sich zur Krise der Repräsentation erweitert, so kommt darin zum Ausdruck, dass sich „das Volk“ (bzw. ein relevanter Teil des Volkes) durch das politische System nicht mehr angemessen repräsentiert sieht. Im Parlament werden Entscheidungen per Mehrheit getroffen, die bei repräsentativen Meinungsumfragen auf eine breite Front der Ablehnung stoßen – der prominenteste Fall in dieser Kategorie war die Abstimmung über die „EU-Verfassung“ bis zum Jahre 2005, bei der sich in nahezu allen Ländern eine Kluft zwischen den Mehrheiten in den Parlamenten für den Verfassungsentwurf und dessen Ablehnung nicht nur in Umfragen, sondern bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden aufbrach (Beckmann u.a.. 2006). Ähnlich groß war die Kluft zwischen parlamentarischer Mehrheit und der „Volksmeinung“ im Fall der Verkürzung des Rentenalters auf 67 Jahre in Deutschland. Spötter konstatieren, dass den Politikern der „Demos“, das „Volk“ abhanden gekommen sei. Die politikwissenschaftlichen Berater mahnen hingegen die Parteien und deren Führungen, das verloren gegangene Vertrauen zurückzugewinnen. Hillenbrand (2007) hat sich dabei in einer neueren Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung auf die Ergebnisse einer internationalen Gallup-Befragung gestützt. „Hinter dem Glaubwürdigkeitsverlust der politischen Parteien vollzieht sich ein noch tiefer gehender Prozess der schleichenden Delegitimierung des politischen Systems (der Demokratie, F.D.) insgesamt, dessen demokratisch-partizipativer Gehalt von erschreckend vielen Menschen zunehmend bezweifelt wird. ... Nur 30 Prozent der Briten, 28 Prozent der Italiener, 21 Prozent der Franzosen und erschütternde 18 Prozent der Deutschen beantworteten die Frage, ob das Land ‚entsprechend dem Willen des Volkes‘ regiert werde, mit ‚Ja‘“.

Die Krise der Partizipation und Repräsentation ist nicht „von oben“, durch den „autoritären Staat“, erzwungen. Es handelt sich vielmehr um das Zusammenwirken verschiedener ökonomischer und sozialer Entwicklungstendenzen, über die sich in der Gesellschaft – aber auch in den Köpfen der Menschen – neoliberale Vorherrschaft durchsetzt<sup>10</sup>. Die konservativen Architekten des Sicherheitsstaates zählen auf die Angst vieler Menschen vor dem Terrorismus, vor Kriminalität im Wohnviertel, vor jugendlichen Schlägerbanden, die sie in der U-Bahn bedrohen

<sup>10</sup> Der britische Sozialwissenschaftler Colin Crouch benennt drei Trends, die den gegenwärtigen Übergang von der Demokratie zur „Postdemokratie“ bestimmen: „1) Die kaum ausgeprägte Fähigkeit schwächerer sozio-ökonomischer Gruppen im Dienstleistungssektor, ihre Interessen autonom zu bestimmen und zum Ausdruck zu bringen; 2) die zunehmende Orientierung nahezu aller Parteien an den Interessen der globalen Wirtschaftselite; 3) die Transformation von Parteien, die – anstatt die Anliegen der Öffentlichkeit in der politischen Arena zu vertreten – sich in Apparate zum Stimmenfang verwandeln, die nur der politischen Klasse selbst dienen“ (Crouch 2008: 7).

könnten, vor „Hasspredigern“, die ihnen die Bild-Zeitung vorführt usw. Diese zum Teil realen Ängste, die sich mit andern Alltagsorgen vor dem sozialen Abstieg verbinden, werden von Konservativen und Neonazis geschürt; sie lassen sich jedoch – wie der Ergebnisse des Hessischen Landtagswahlen vom Januar 2008 und der Absturz des rassistischen Agitators Roland Koch gezeigt haben – nur begrenzt mobilisieren. Daher kann die Krise der Partizipation und Repräsentation aus solcher Angst bzw. aus dem politischen Provozieren solcher Angst nicht hinreichend erklärt werden. Es müssen also noch andere Kräfte wirken, die die Abwendung von der Politik in der Zivilgesellschaft und im Alltag begünstigen (Köhler 2008). Der in Kanada lehrende Politikwissenschaftler Stephen Gill hat mit seiner These vom Übergang zum „disziplinierenden Neoliberalismus“ einen Ansatz für die Erklärung der Krise der Partizipation entwickelt, der im folgenden etwas genauer erläutert werden soll. Gill bezieht sich methodisch auf Gramscis Konzept der Hegemonie und der passiven Revolution (Bieling / Deppe 1996; Bieling / Steinhilber 2000) und konstatiert für diesen Übergang; „dass sich die neoliberalen Formen der Akkumulation weniger mit Hegemonie verbinden als zunehmend mit einer Politik der Vorherrschaft“ (Gill 2000: 41). Während bei Gramsci Hegemonie die breite Zustimmung durch die Subalternen „von unten“ voraussetzt, reflektiert in sich in der Tendenz zur „Vorherrschaft“ die Kluft zwischen Regierenden und Subalternen und die Elemente des „politischen Staates“, d. h. der repressiven Staatsapparate, treten deutlicher zutage.

### 3. *„Disziplinierender Neoliberalismus“: die Erosion des sozialen Zusammenhalts*

Bevor wir diesen Gedanken etwas ausführlicher diskutieren, sei noch einmal zurückgegangen auf den Demokratiebegriff selbst. Die klassischen Lehren des bürgerlichen Staates und der Demokratie gingen stets von dem Individuum als dem Subjekt der Delegation von Macht, von Entscheidungskompetenz an den Staat bzw. an politischen Organisationen aus. Das bürgerliche Subjekt als Träger der Vernunft war damit auch zum konstituierenden Subjekt eines – der Idee nach – vernünftigen Gemeinwesens („civil society“) geworden. Das „Volk“ setzt sich als vielen Individuen (ein Kopf, eine Stimme) zusammen. Darin hatte sich schon angedeutet, dass die klassische frühbürgerliche Demokratietheorie (z. B. John Locke) die große Masse der Bevölkerung überhaupt nicht zum „Volk“ (als der Summe der Staatsbürger) rechnete. Da nur die Vermögenden und Gebildeten an der politischen Willensbildung teilhaben sollten, war der Klassencharakter dieser politischen Form der Herrschaft klar vorgegeben. Erst die Volkskämpfe in der Französischen Revolution und die Kämpfe der Arbeiterbewegung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts für das allgemeine Wahlrecht haben die Demokratie klassenübergreifend erweitert. Noberto Bobbio (1988: 14) hat den Wandel der Demokratie im 20. Jahrhundert daher als einen Prozess der Vergesellschaftung (d.h. der Entindividualisierung) des Politischen charakterisiert: „Zu den politisch relevanten Subjekten wurden immer mehr die Gruppen, die Großorganisationen, Verbänden unterschiedlichster Natur, Gewerkschaften der verschiedenen Berufsgruppen, Parteien mit diversesten Ideologien ... und immer weniger die Individuen. Die Gruppen und nicht die Individuen sind die Protagonisten des politischen Lebens in einer demokratischen Gesellschaft von heute“. Das „Volk als ideale (oder mystische) Einheit“, so fügt er hinzu, „gibt es nicht mehr, sondern Volk ist gespalten in entgegengesetzte und miteinander konkurrierende Gruppen, die ihre relative Autonomie gegenüber der Zentralregierung haben“. Die sog. Pluralismustheorie, die zuerst von Sozialisten wie Harold Laski entwickelt wurde, reflektierte den Sachverhalt, dass die Demokratie in

entwickelten kapitalistischen Gesellschaften mit einer starken Arbeiterbewegung nur auf der Basis einer hoch politisierten Zivilgesellschaft, also der organisierten gesellschaftlichen Interessen, existieren kann. Der Klassenkompromiss der „Golden-Age-Periode“ bzw. des „Fordismus“ schloss diese Anerkennung eines relativen Kräftegleichgewichtes in zwischen den Klassen in der Zivilgesellschaft und deren rechtliche bzw. politische Institutionalisierung (auch mit Ansätzen der „Wirtschaftsdemokratie“) ein<sup>11</sup>. Diese war ein Ergebnis der Klassenkämpfe (oftmals in den revolutionären Perioden am Ende der großen Kriege) oder auch eine Anerkennung der realen gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse von Seiten der herrschenden Klasse, wobei nach 1945 die Existenz der Sowjetunion und der „realsozialistischen“ Staaten in den Kapitalmetropolen einen Anpassungsdruck auf die Strategien der herrschenden Klasse, d.h. auf deren Bereitschaft zum Kompromiss mit der reformistischen Arbeiterbewegung, ausübte<sup>12</sup>.

Der Übergang zum „disziplinierenden Neoliberalismus“ bedeutet ideologisch auf den ersten Blick die Wiederbelebung der klassischen Demokratietheorie. Frau Thatcher wurde u.a. durch den Satz berühmt: „Ich kenne keine Gesellschaft, ich kenne nur Individuen!“. Das heißt: sie erklärte diesen zivilgesellschaftlichen Vergesellschaftungsformen, soweit diese die Interessen der Subalternen kollektiv artikulieren, den Krieg. Jede/r ist für sein Leben und dessen Erfolg oder Misserfolg als Individuum selbst verantwortlich – sie haben immer die freie Wahl, wie schließlich auch die in der Politikwissenschaft sich durchsetzenden Theorien des „Rational Choice“ suggerieren, die ihrerseits wiederum auf den methodologischen Individualismus der Neoklassik zurückgehen. Marktförmigkeit der Gesellschaft würde bedeuten, dass sich das Leben der Individuen an die Gesetze und Anforderungen des Marktes anpassen und Organisationen der kollektiven Interessenwahrnehmung geschwächt werden. Disziplinierender Neoliberalismus bedeutet, dass die Individuen – aber auch die politischen Institutionen und Organisationen - immer mehr solchen Marktzwängen - im Sinne eines steigenden Anpassungsdruckes - ausgesetzt werden. Das Individuum, das sich in seinem Berufsleben und im Alltag immer mehr an die Anforderungen des Marktes anpasst, verhält sich einerseits als „Arbeitskraftunternehmer“ (so eine neuere Diskussion unter Industriesoziologen), andererseits vollzieht sich darin eine Selbstdisziplinierung, die nicht der autoritären Anleitung „von oben“ bzw. der permanenten Androhung von Zwang bedarf (vgl. Hirsch 2005: 202 ff.). Bezogen auf die Staatsformen bedeutet dies „einen graduellen Abschied vom sozial regulierten Markt und gewissen Formen der Planung... sie gestatten die Konsolidierung oder Festschreibung beschränkter, aber noch immer

<sup>11</sup> Robert Castel (2005: 52) zeigt, wie solche Institutionen die innere Kohäsion der Gesellschaft konstituieren: „In einer Modernen, industrialisierten und urbanisierten Gesellschaft, in der die solidarische Hilfe zwischen Familienangehörigen und Nachbarn stark geschwächt, wenn nicht gar verschwunden ist, bieten Kollektivinstanzen dem Individuum Sicherheit“.

<sup>12</sup> Als Vorsitzender des BDI hatte Olaf Henkel im Jahre 1999 (S. 146/7) beklagt, dass die Mitbestimmung in Deutschland nach dem Ende der Systemkonkurrenz zu teuer geworden sei. „In ganz Deutschland gibt es insgesamt 220 000 Betriebsräte. Nach einer Berechnung des Instituts der Deutschen Wirtschaft betragen im Jahr 1992/93 die Gesamtkosten für die Anwendung des Betriebsverfassungsgesetzes 487 DM pro Beschäftigten und Jahr. Über 13 Mrd. DM müssen die Unternehmen für die Anwendung der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer in den Betrieben aufwenden“. Mit anderen Worten: wenn der externe Druck des real existierenden Sozialismus (vor allem in Deutschland entfällt), sinkt auch der Preis für die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens. Als einige Jahre später bekannt wurde, welch hohe Summe der Vorstand von VW ausgab, um dem Betriebsrat – und insbesondere seinem Vorsitzenden – ein luxuriöses Leben in allen Teilen der Welt zu finanzieren, wurde ebenfalls darauf hingewiesen, dass dies eben der Preis dafür sei, dass der Betriebsratsvorsitzende in Zeiten schwieriger Wettbewerbsbedingungen und von Umstrukturierung für die Ruhe im Betrieb gesorgt habe.

mächtiger neoliberaler Staatsformen, die sich einer popular-demokratischen Verantwortlichkeit entziehen“ (Gill 2000: 43). In diesem Zusammenhang werden z. B. die Macht der Europäischen Zentralbank oder der „Trend zu einer größeren Machtzentralisierung in den Bereichen der Exekutive“ (also: „Schäubles Traum“) erwähnt.

Gill bezeichnet die Anpassung der Politik an die Anforderungen der Märkte, genauer der Kapitalbewegung und Profitproduktion, als einen „neuen Konstitutionalismus“ (ebd.). Diente die Verfassung der Civil Society einst dazu, die Entwicklung der Ökonomie in die Gesellschaft „einzubetten“, so folgt aus der „Entbettung“ der Ökonomie, d.h. aus der Freisetzung der Marktkräfte, dass sich nicht nur die Politik, sondern auch das Leben der Individuen in der Gesellschaft diesen „Zwängen“ (zu denen es dann, wie die Politiker von Thatcher bis Schröder proklamieren: „keine Alternative“ mehr gibt) unterwerfen muss<sup>13</sup>. Die Überwachungspraktiken durch die exekutiven Staatsapparate dienen daher nicht alleine realen oder vermeintlichen Gefahren durch den Terrorismus, sondern sollen den Staatsapparat in die Lage versetzen, die Kontrolle über die möglichst individualisierte Wettbewerbsgesellschaft, die immer auch zu Krisen und Instabilität tendiert, zu erhalten<sup>14</sup>. Wie dieser Disziplinierungsmechanismus in der Gesellschaft wirkt, soll im Folgenden kurz erläutert werden:

- Massenarbeitslosigkeit ist seit Mitte der 70er Jahre zu einem Strukturmerkmal des „flexiblen Kapitalismus“ geworden. Sie bildet die Grundlage für die Ausbreitung von Armut (und die damit verbundenen sozialen Probleme wie Bildungsmisere, Kriminalität, Alkoholismus etc.). Die Kinderarmut, die sich in der Folge ausbreitet, deutet schon für die Zukunft massive soziale Probleme an. Die Arbeitslosigkeit (war und) ist die wirksamste Waffe des Kapitals gegen die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung – nicht nur wegen der Mitgliederverluste, sondern auch wegen des Klimas der Angst und – daraus folgend – der Entsolidarisierung, die vom Arbeitsmarkt ausgeht. Die neoliberale Politik antwortet darauf einerseits mit dem Ausbau des Sicherheitsstaates, andererseits mit der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, d.h. vor allem mit der Öffnung zu einem Niedriglohnsektor (mit ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen). Die Ausweitung einer „Zone mit unsicheren Beschäftigungsverhältnissen“ (Prekarität) stärkt die Wirkungsmechanismen des „disziplinierenden Neoliberalismus“; denn „Prekarität erschwert die „Möglichkeit, selbst Initiative zu ergreifen und Zukunftspläne zu entwickeln“, wie es bei einer „unbefristeten, geschützten Tätigkeit“ möglich ist (Dörre

<sup>13</sup> Idealtypisch wurde diese Wettbewerbsphilosophie am Ende des 19. Jahrhunderts in der Lehre vom „Sozialdarwinismus“ (Herbert Spencer: „Survival of the Fittest“) aufgegriffen und gleichsam naturalisiert. Die Demokratie wurde dabei als Hindernis für die freie Entfaltung des Wettbewerbs und für die Anerkennung der Herrschaft der „Fittest“ angesehen. In den demokratischen Volksbewegungen seit dem 19. Jahrhundert (vor allem in der sozialistischen Arbeiterbewegung) war der demokratische Staat – mit den „Säulen“: Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaat – stets als ein Instrument zum Schutz der Schwachen gegen die Mächtigen und Reichen begriffen.

<sup>14</sup> Gill (2003: 135/6) bezieht sich in diesem Zusammenhang auch auf das „Panoptikum“, das Foucault (mit Hinweis auf dessen Erfinder, den Liberalen Jeremy Bentham) als Sinnbild der Disziplinargesellschaft, die sich auf den wissenschaftlichen Fortschritt bezieht und eine Ordnung reproduziert, beschrieben hat. „Contemporary surveillance practices by corporate and governmental bureaucracies are nevertheless important. Populations are constructed statistically as manipulative entities in databases, that is they are monitored and objectified for purposes of social control or profit, for example in the huge private data corporations that specialize in commercially useful information about individuals and households. Some OECD social security ministries have shifted to more rigorous monitoring of clients, with some introducing 'workfare programmes' ... and ensuring the 'transparency' and 'inspectability' of claims and activities“.

2005: 83). Die Entstehung einer neuen Unterklasse, deren Merkmal ihre prekäre Position auf dem Arbeitsmarkt und damit verbundenen Erfahrungen von Arbeitslosigkeit und Armut sind, bedeutet – so formulieren es die Soziologen – eine „Gefährdung des Sozialen“ (Kronauer 2002: 228), will sagen: die innere Kohäsion der Gesellschaft löst sich auf. Eine Folge der „Exklusion“ der neuen Unterklasse und der damit verbundenen gesellschaftlichen Spaltung ist – so betont der Soziologe Kronauer (231) – die Aushöhlung der Demokratie. „Den Armen bleiben die persönlichen und politischen Rechte zwar erhalten<sup>15</sup>. Die Voraussetzungen dafür, sie wahrzunehmen, werden ihnen jedoch entzogen. Formal kann die Gesellschaft ihren Anspruch, Demokratie zu sein, bewahren. Deren ‚universalistischer Kern‘ (Habermas) aber, die Eröffnung von Möglichkeiten für alle Bürger, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, wird außer Kraft gesetzt. Die Gesellschaft entwickelt sich in Richtung einer Demokratie der Eliten<sup>16</sup>, gestützt auf Repression gegen Minderheiten. Die Gewinner entziehen sich der sozialen Verantwortung, die Abstiegsgefährdeten suchen ihr Heil in einer Absetzbewegung gegen das bedrohliche ‚Unten‘ der Underclass“<sup>17</sup>.

- Neoliberale Politik zielt selbst auf die Erosion von Funktionen der Daseinsvorsorge, die nach dem Solidarprinzip organisiert sind. Das betrifft einerseits die sozialen Sicherungssysteme, die – vor allem bei den Renten und im Gesundheitswesen – immer mehr für die privaten Versicherungskonzerne geöffnet wurden. Vor allem die Besserverdienenden sollen in die Lage versetzt werden, ihre sozialen Sicherungen im Alter, bei Krankheit, aber auch im Fall des „sozialen Absturzes“<sup>18</sup> privat, d.h.

<sup>15</sup> Das gilt nicht für diejenigen Fraktionen der Unterklasse, die ohne Rechte sind, weil sie Staatenlose sind bzw. als Asylsuchende und Flüchtlinge keine Staatsbürgerrechte haben. Solche Menschen ohne Rechte lassen sich vom Kapital am besten ausbeuten; denn die Möglichkeit der Gegenwehr würde schon von der Ausländerpolizei unterbunden. Der wachsende Anteil solcher Menschengruppen an der neuen Unterklasse zeigt jedoch an, wie sehr der „disziplinierende Neoliberalismus“ in bestimmten Sektoren frühkapitalistische Ausbeutungs- und Unterwerfungsverhältnisse reproduziert. Noch mehr gilt dies natürlich für viele Produktionsstätten in den sog. „Billiglohnländern“, die von der Volkrepublik China angeführt werden.

<sup>16</sup> Eine gründlichere Analyse hätte die Verschiebung des politischen Diskurses in die Richtung des Elitendiskurses zu untersuchen. Diese Verschiebung hat sich vor allem im Bildungs- und Wissenschaftsbereich durchgesetzt – sie ist aber auch im Bereich des Sports angekommen, wo der Bundestrainer der Fußballnationalmannschaft von seinen jungen Millionären verlangt, dass sich als „Elite“ wissen und sich auch dementsprechend verhalten. Die „Leistungsträger“ von Wirtschaft und Gesellschaft (die Spitzenmanager beschreiben sich selbst gerne auf diese Weise) fallen allerdings oftmals durch - ein mit Geldgier verbundenes - professionelles Versagen auf und erregen deshalb den Unmut des „einfachen Volkes“.

<sup>17</sup> Castel (2005: 74) hat die „gegenwärtige Unsicherheitslage“ am Beispiel des „Vorstadtproblems“ erläutert (er bezieht sich hier auf die französischen Banlieues, die jedoch auch für den allgemeinen Trend des Wachstums der Großstädte und der damit verbundenen „Verslummung“ stehen, Davis 2006): „In den ‚Brennpunktvierteln‘ kumulieren die wesentlichen Faktoren, aus denen ein Gefühl der Unsicherheit erwächst: hohe Quote von Arbeitslosen und von Arbeitnehmern in unsicheren bzw. marginalen Beschäftigungsverhältnissen; heruntergekommenes Wohnungsumfeld; seelenloser Städtebau; unterschiedliche ethnische Gruppen, die nebeneinander leben; beschäftigungslose Jugendliche, die den ganzen Tag herumlungern und ihre Nutzlosigkeit für die Gesellschaft demonstrativ zur Schau zu stellen scheinen; Kleinkriminalität durch Drogenhandel und Hehlerei, die sich vor den Augen aller vollzieht; unzivilisiertes Verhalten im Alltag; Punktuelle Spannungen, Unruhen und Konflikte mit den ‚Ordnungskräften‘ und so fort“.

<sup>18</sup> Die Angst vor dem „sozialen Absturz“ hat sich in den letzten Jahren vor allem bei den sog. „Mittelklassen“ ausgebreitet. Die amerikanische Soziologin Barbara Ehrenreich (1992) hatte schon in den späten 80er Jahren – also in den „Goldenen Jahren“ der neoliberalen Hegemonie – darauf aufmerksam gemacht, dass gerade die Mittelklassen in der Folge der neoliberalen Politik und der Krisenprozesse im Finanzsektor unter Druck geraten. In der Zwischenzeit haben vor allem die Krisen auf den Finanzmärkten diese Tendenz verstärkt – gleichzeitig aber die konservativen Einstellungen in

individuell zu regeln. Die staatlichen Leistungen für die große Masse der Versicherten werden dagegen „nach unten gefahren“ – nicht nur, um die Kassen zu entlasten, sondern auch Druck für private Zusatzversicherungen zu erhöhen. Andererseits sind in den vergangenen zwanzig Jahren zahlreiche Unternehmen der öffentlichen Hand privatisiert worden: von der Bundespost, die Ende der 80er Jahre immerhin mehr als 400 000 Beschäftigte hatte, über die Energiewirtschaft, kommunale Unternehmen im Bereich Verkehr, Abfallbeseitigung, Wohnungswesen, Kultur, Infrastruktur (Bieling u.a. 2007), Krankenhäuser, Universitäten bis hin zur geplanten Privatisierung der Bahn, die bereits beschlossen, aber noch nicht abschließend (Börsengang) geregelt ist. Öffentliche Unternehmen hatten die Aufgabe, Dienstleistungen für alle anzubieten, damit alle Staatsbürger an der gesellschaftlichen Wohlfahrt teilhaben können (so hatten es sozialdemokratisch orientierte Ökonomen formuliert). Außerdem hatten in der Formation des fordistischen Kapitalismus auch die politischen und wissenschaftlichen Wortführer einer privatwirtschaftlichen Ordnung mehrheitlich die Auffassung vertreten, dass der Staat – auf der Basis eines breiten öffentlichen Sektors – die Wirtschaft besser steuern könne. Erst die Überakkumulationskrise der 70er Jahre hat die Begehrlichkeiten nach der Kommodifizierung weiterer Teile der Sozialsysteme und der öffentlichen Wirtschaft anwachsen lassen.

In einem Vortrag über „Privatisierung öffentlicher Aufgaben“ vom 21. 1. 2007 hat sich Siegfried Broß, Richter des Bundesverfassungsgerichtes (der übrigens von der CSU nominiert wurde) äußerst kritisch mit der jüngsten Welle der Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen auseinandergesetzt. Mit Blick auf die Rolle der Rating-Agenturen, der Analysten und der internationalen Finanzmärkte wirft er – als Verfassungsrichter, der an das Grundgesetz und seinen demokratischen Auftrag sowie an seinen normativen sozialstaatlichen Auftrag gebunden ist - die Frage auf, „wer die Richtlinien der Politik in Deutschland und in anderen Staaten, die in gleicher Weise betroffen sein können, bestimmt und ob es nicht hoch an der Zeit ist, hier energisch gegenzusteuern und durch ein Überdenken der undifferenzierten Privatisierung öffentlicher Aufgaben jedenfalls die Schranken aufzurichten, die national aber auch gemeinschaftsrechtlich noch möglich sind ... Wenn sich der Staat immer mehr der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben durch Privatisierung entledigt, verliert er damit auch Handlungs- und Gestaltungsspielräume. Das bedeutet letztlich, dass er großenteils die Politikfähigkeit verliert. Nicht der Staat bestimmt mehr die Richtlinien der Politik und die Entwicklung des Staatswesens und seiner Gesellschaft, sondern dies tun demokratisch nicht legitimierte Private. Diese kann er aber infolge der Privatisierung nicht mehr steuern, weil er seine Nachfragemacht nicht mehr in die Waagschale werfen kann. Mit der Privatisierung entzieht der Staat Hunderttausenden, wenn nicht ein oder zwei Millionen regulären Arbeitsverhältnissen die rechtsstaatlich und sozialstaatliche gesicherte Grundlage, wenn dies zu einer Auslagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer oder – im Inland – zu einem Arbeitsplatzsplitting in Minijobs oder gar zu illegalen Beschäftigungsverhältnissen führt. Er begibt sich damit nicht nur seiner Vorbildfunktion im Beschäftigungs- und Ausbildungsbereich (Stichwort Lehrstellenmangel), sondern auch der stabilisierenden Wirkung für die gesamtwirtschaftliche Situation über die Nachfragemacht seiner Beschäftigten als Konsumenten“<sup>19</sup>.

---

der Mittelklasse (die in den 70er Jahren eher nach links tendierte) verstärkt.

<sup>19</sup> Dr. Siegfried Broß, Privatisierung öffentlicher Aufgaben – Gefahren für die Steuerungsfähigkeit von Staaten und für das Gemeinwohl (<http://www.attac-muenchen.org/tiki-index.php?page=vortrag+Dr.+Siegfried+Bro%C...>)

Am Beispiel der Privatisierung öffentlicher Unternehmen – hier der Deutschen Post (vgl. Tabelle 1) - kann übrigens gezeigt werden, wie die Umstrukturierung der Arbeitsmärkte mit dem Ziel der Schaffung eines Niedriglohnsektors das Anwachsen prekärer Beschäftigungsverhältnisse verbunden ist. Die Demokratie wird nicht nur die Aufgabe öffentlicher Kontrollmöglichkeiten über diese Unternehmen beeinträchtigt, sondern auch durch die Verstärkung der Exklusionsprozesse auf dem Arbeitsmarkt. Selbstverständlich entspricht der Differenz zwischen vollzeitbeschäftigten und geringfügig Beschäftigten bei der alten Post AG und den neuen Wettbewerbern auf dem Briefzustellermarkt (vgl. Tabelle 1) auch eine Spreizung der Löhne. Bei der Post AG wird – nach Angaben der Gewerkschaft ver.di - in diesem Bereich ein doppelt so hoher Stundenlohn gezahlt wie bei den „Freien“<sup>20</sup>.

Tabelle 1: *Beschäftigtenstruktur im Briefsektor (2005)*

	Deutsche Post AG		Wettbewerber	
Vollzeitbeschäftigte	93.103	62,6%	8.436	18,3%
Teilzeitbeschäftigte	49.626	33,3%	10.327	22,3%
Geringfügig Beschäftigte	6.100	4,1%	27.412	59,4%
Beschäftigte insgesamt	148.840	100%	46.175	100%

Quelle: Brandt u.a. 2007: 269

- Schließlich wird der „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ und die Entpolitisierung der Zivilgesellschaft in hohem Maße durch die Veränderungen im Mediensektor bestimmt. Die neoliberale Deregulierungs- und Privatisierungspolitik hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten – zusammen mit technologischen Innovationen – zur Entstehung globaler Medienkonzerne geführt, die im Bereich des Fernsehens als auch bei den sog. Printmedien führende Positionen erobert haben. Die Vermarktung von Information und Unterhaltung durch das Fernsehen, das sich durch Werbung finanziert, zieht einen Qualitätsverlust und vor allem eine fast vollständige Ausschaltung politischer Information, die in sog. Hintergrundsendungen eingebettet wird, nach sich. Der Kampf um die Quote fördert billige Unterhaltung, Sensationshascherei, Sex and Crime. Vor allem in den Unterschichten kommen solche Sendungen gut an und verstärken das dort schon ausgeprägte Desinteresse an der Politik. Die Privatisierung in diesem Bereich leistet daher einen wichtigen Beitrag zur Entpolitisierung gerade derjenigen Schichten, die am meisten von den sozialen Spaltungen betroffen sind. Hartz-IV-Empfänger werden bei RTL II wenig darüber lernen, wie sie sich gegen die Zumutungen des autoritären Staates und gegen den Abbau des Sozialstaates zur Wehr setzen können. Nachrichtensender wie CNN und Fox – mit ihren englischsprachigen Programmen - werden von ultrakonservativen Eigentümern geführt und stellen ihre Informationen über die Weltpolitik meist direkt in den Dienst der US-amerikanischen Außenpolitik. Dort, wo die Massenpresse sich ebenfalls an das Niveau der privaten TV-Programme angepasst hat, ist – wie zum Beispiel in Großbritannien – die Kultur eines einst anspruchsvollen politischen Journalismus vollständig an den Rand gedrängt worden.

Einerseits leisten die privaten Medien einen Beitrag zur Volksverdummung. Andererseits sind sie Sprachrohre neoliberaler Politik und der konservativen politischen Einstellungen ihrer Eigentümer (Springer, Murdoch, Berlusconi). In der

<sup>20</sup> Die Anfang 2008 noch nicht abgeschlossene Auseinandersetzung um eine gesetzliche Regelung der Mindestlöhne in diesem Bereich verdeutlicht die harten Interessen, die hier aufeinanderprallen.



italienischen Politik hat sich mit Silvio Berlusconi ein typischer Repräsentant dieser Medienmogule schon mehrfach erfolgreich in die Politik eingemischt – auch er personifiziert eine rechtspopulistische Verfallsform bürgerlicher Politik, die mit der fast monopolistischen Macht über die Medien einhergeht, die also mediale Volksverdummung auf der einen sowie neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und die Unterordnung unter die Weltgendarmenrolle der USA auf der anderen Seite miteinander kombiniert. In Deutschland – genauer: in Gütersloh – befindet sich die Zentrale eines der mächtigsten Medienkonzerne der Welt, des Bertelsmann-Konzerns. Auch in diesem Fall dient die Medienmacht als Basis für das politische Engagement der von Reinhard Mohn und seiner Frau geführten Stiftung, die in fast allen politischen Bereichen – von Außen- und Europapolitik bis zur Bildungs-, Wissenschafts- und Kommunalpolitik – als Think Tank für neoliberale Positionen wirkt (Wernicke / Bultmann 2007).

#### *4. Kapitalismus und Demokratie*

Nach herrschender Meinung gehören Marktwirtschaft und repräsentative Demokratie, „Kapitalismus und Freiheit“ (Friedman 1976) zusammen. Schon im 19. Jahrhundert haben allerdings Vertreter des politischen Liberalismus – wie Alexis de Tocqueville und John Stuart Mill – vor der „Tyrannei der Mehrheit“ (als Folge des allgemeinen Wahlrechts) und vor den negativen Folgen einer politischen und sozialen „Gleichmacherei“ gewarnt. Marx hatte am Beispiel der Ergebnisse der Revolution von 1848 in Frankreich, in der zum ersten Mal das Proletariat selbstbewusst gegen die Herrschaft der Bourgeoisie aufgetreten war, die Erkenntnis gewonnen, dass die Bourgeoisie auf ihre politische, parlamentarische Herrschaft verzichtet, wenn sie ihre sozialökonomische Freiheit durch die proletarische Revolution bedroht sieht. Der „Bonapartismus“ war für Marx und Engels (MEW 8: 196) der „Sieg der Exekutivgewalt über die Legislative“ unter der Führung eines populistischen Abenteurers, der sich zum Chef der „Staatsmaschine“ macht. „Indem die Bourgeoisie, was sie früher als ‚liberal‘ gefeiert, jetzt als ‚sozialistisch‘ verketzert, gesteht sie ein, dass ihr eigenes Interesse gebietet, sie der Gefahr des Selbstregierens zu überheben, dass, um die Ruhe im Lande herzustellen, vor allem ihr Bourgeoisparlament zur Ruhe gebracht, um ihre gesellschaftliche Macht unversehrt zu erhalten, ihre politische Macht gebrochen werden müsse...“ (MEW 8: 154). In der kommunistischen Bewegung der 20er Jahre des vergangenen Jahrhunderts wurde auf die Bonapartismus-Analyse von Marx zurückgegriffen, um den Faschismus – als Diktatur im Interesse der „Monopolbourgeoisie“, die nach 1917 in der Angst vor der proletarischen Revolution bereit war, die Zerstörung der Demokratie – einschließlich der reformistischen Arbeiterbewegung – und die Errichtung der faschistischen Diktatur zu unterstützen (vgl. Abendroth u.a. 1967).

Wolfgang Abendroth hat im Jahre 1967 einer Sammlung seiner Schriften den Titel „Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie“ gegeben. Darin war schon das Grundproblem angesprochen: Wie ist eine stabile Demokratie in einer klassengespaltenen, kapitalistischen Gesellschaft mit einer starken sozialistischen Arbeiterbewegung überhaupt möglich? In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte der Faschismus auf der einen, die zum Stalinismus deformierte „Diktatur des Proletariats“ in der Sowjetunion auf der andere Seite diese Frage in vielen Ländern – mit Ausnahme der angelsächsischen und der skandinavischen Länder - verneint. In der linkssozialistischen Tradition des Austromarxismus (Otto Bauer, Otto Kirchheimer) vertrat Abendroth - in der Auswertung des Zusammenbruchs der

Weimarer Demokratie in Deutschland - die Auffassung, dass „die formale Demokratie nur gesichert ist, wenn sie durch aktive Beteiligung eines jeden am ständigen politischen Meinungsbildungsprozess, durch lebendige Selbstverwaltung der Gesellschaft und des Staates (darunter verstand er die „Wirtschaftsdemokratie“, F.D.) Inhalt gewinnt“ (Abendroth 1954: 96). Zwischen Kapitalismus und Demokratie besteht also keineswegs eine quasi-naturwüchsige Symbiose. Die Entwicklung der Demokratie – von der Anerkennung der Rechtsstaatlichkeit über das allgemeine Wahlrecht bis zur Anerkennung sozialer Bürgerrechte – wurde von demokratischen Volksbewegungen „von unten“ erkämpft. Dabei war die sozialistische Arbeiterbewegung seit dem späten 19. Jahrhundert die entscheidende politische Kraft für die Erweiterung der Demokratie. Die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit entschieden sowohl über Klassenkompromisse, die die Demokratie nach innen ausbauten, als auch über die Stabilität der demokratischen Systeme. Sobald die Bourgeoisie (in der Zwischenkriegsperiode) allerdings die Möglichkeit fürchtete, dass sich die (auch internationalen) Kräfteverhältnisse zugunsten antikapitalistischer Kräfte in der Arbeiterbewegung verschoben, waren ihre politischen Repräsentanten bereit, die Diktatur von rechts, d.h. die Zerstörung der Demokratie, in die Wege zu leiten. Die Demokratie – so folgert Canfora (2006: 325) aus der Analyse ihrer Geschichte seit der Antike – ist eine „instabile Größe: Sie ist die (zeitweilige) Vorherrschaft der besitzlosen Klassen in einem unablässigen Kampf um Gleichheit – ein Begriff, der sich seinerseits historisch erweitert und stets neue und hart umkämpfte ‚Rechte‘ beinhaltet“.

Für die Vor- und Chefdenker des Neoliberalismus ist jedoch der Zusammenhang von „freier Marktwirtschaft“ und „Demokratie“ a priori höchst problematisch. Die Politik, d.h. der Staat (im Sinne von Thomas Hobbes) ist notwendig, um a) das Privateigentum, und b) die Sicherheit der Tauschakte auf dem Markt zu garantieren. Muss sich jedoch das Staatshandeln demokratisch – durch Wahlen auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts – legitimieren, dann besteht die permanente Gefahr, dass die Politik in die Wirtschaft und den Markt eingreift und auf diese Weise das Wirken des freien Marktes beeinträchtigt. Der Staat – genauer: der Steuerstaat und der Sozialstaat, die also auch umverteilend in die Wirtschaft eingreifen (dass auch der „Rüstungskapitalismus“ Umverteilung bedeutet, wird freilich selten kritisiert!) - und die Gewerkschaften (die angeblich die Verkaufsbedingungen der Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt „monopolisieren“) sind daher die Hauptgegner der neoliberalen Vordenker (schon bei Vilfredo Pareto und Herbert Spencer am Ende des 19. Jahrhunderts). Diese beklagen es immer wieder (heute übrigens in den Leitartikeln der FAZ) als Hauptschwäche der modernen „Gefälligkeitsdemokratie“, dass – insbesondere vor den Wahlen – die Regierenden materielle „Geschenke“ an das Wahlvolk verteilen (z. B. bei den Renten, bei den Transfereinkommen, in der Sozialpolitik usw.), die Wachstum und Effektivität der Wirtschaft beeinträchtigen. In der Summe der geschichtlichen Entwicklung des modernen Wohlfahrtsstaates – bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts – habe dies schließlich zu jenem eklatanten „Staatsversagen“ geführt, das nur durch eine radikale Politik der „Entstaatlichung“ im Sinne von Frau Thatcher „geheilt“ werden konnte. Für den Nobelpreisträger James M. Buchanan, besteht die damit verbundene „Herausforderung“ darin, „eine politische Ordnung zu konstruieren oder zu rekonstruieren, die das eigennützige Verhalten der Beteiligten in einer Weise auf das Gemeinwohl ausrichtet, die der von Adam Smith für die ökonomische Ordnung beschriebenen möglichst nahe kommt“ (nach Schui u.a. 1997: 106)

Die Vordenker der Neoliberalen begreifen sich als „Herolde der Freiheit“ – sie sind aber keine Demokraten im Sinne des - von den demokratischen Volksbewegungen und der sozialistische Arbeiterbewegung erkämpften - modernen demokratischen Staates, wie er sich z. B. in Nord- und Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg gefestigt hatte<sup>21</sup>. Friedrich August von Hayek hat „am energischsten eine Reformulierung von Liberalismus und Demokratie betrieben.. (er) plädiert in seinen Schriften für eine Beschränkung der parlamentarischen Demokratie, die er als ‚unbegrenzte‘ oder ‚totalitäre‘ Demokratie bezeichnet. Anstatt solche wichtigen Entscheidungen wie die Steuergesetzgebung etc. dem Parlament zu überlassen, das von Massenmeinungen, wetterwendischen Wähler(inne)n und organisierten Sonderinteressen abhängig sei, fordert er, einen ‚Rat der Weisen‘ einzurichten und mit gesetzgeberischen Kompetenzen auszustatten. Hayeks ‚Rat der Weisen‘ soll die wichtigsten Staatsgeschäfte übernehmen und aus ‚reifen‘ Männern und Frauen im Alter zwischen 45 und 60 Jahren bestehen, die sich im gesellschaftlichen Leben bewährt haben<sup>22</sup>... Hayek entwirft ein Zwei-Kammer-System. Das Elitengremium des ‚Rates der Weisen‘ soll gesetzgeberische Kompetenzen erhalten und quasi die Legislative bilden. In scharfer Abgrenzung dazu fungiert die zweite Kammer als Regierungsversammlung, als Exekutive. Die Intention Hayeks ist klar erkennbar: die Ausschaltung des Parlamentarismus zwecks Errichtung einer Elitenherrschaft, welche die gesellschaftliche Entwicklung bestimmt“ (Lösch 2007: 234)<sup>23</sup>.

Pierre Bourdieu (1997: 171 ff.) kritisierte schon in den späten 90er Jahren das „Modell Tietmeyer“. Mit dem Namen des Präsidenten der Deutschen Bundesbank verband er eine Politik, die sich den Bewegungen der Finanzmärkte unterwirft, den Sozialstaat abbaut und letztlich die Demokratie aushöhlt. Tietmeyer revanchierte sich in einem Vortrag, in dem er - geradezu lässig -feststellte: „Wie gut, dass heute die internationalen Finanzmärkte falsche politische Entscheidungen (z. B. von nationalen Parlamenten im Bereich der Steuer- und Sozialpolitik) über Nacht korrigieren“ (z. B. durch Kapitalflucht). Diese These will sagen, dass die nationale Politik - im Zeitalter der globalisierten Finanzmärkte - den Sachzwängen des Marktes unterworfen wird – und dass die Demokratie (also die Legitimation staatlichen Handelns durch eine vom Volk durch Wahlen legitimierte Legislative) dabei gleichsam

<sup>21</sup> Eine Analyse der Bedeutungen, die der US-Präsident George W. Bush mit dem – von ihm in seinen Reden geradezu inflationär verwendeten – Begriff „Freedom“ verbindet, würde diese These bestätigen. Ihm bedeutet „Freedom“ immer zuerst „freie Verfügung über das Privateigentum“ und „freier Handel“.

<sup>22</sup> Unter dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Gerhard Schröder wurden Expertenkommissionen zu Sachfragen berufen (z. B. mit dem VW-Vorstandsmitglied Peter Hartz oder dem Unternehmensberater Roland Berger, ein besonders reaktionärer Zeitgenosse, der sich natürlich als Liberalen bezeichnet). Mit diesen Kommissionen, deren Arbeitsergebnisse in Gesetzentwürfen der Regierung einfließen, wurde die Arbeit des Parlamentes und vor allem der Parlamentsausschüsse deutlich abgewertet.

<sup>23</sup> Christian von Weizsäcker (1999: 107ff.), Ökonomieprofessor in Köln, bezeichnet den „internationalen Kapitalmarkt“ als einen „Schutz gegen demokratischen Populismus“. Da „eine demokratische Mehrheit dazu tendiert, die Haushaltsdefizite der öffentlichen Hand größer werden zu lassen“ (und dies ist der Kern des Populismus), sind die Interventionen der „internationalen Kreditgeber“ nützlich, um diesen Populismus offen zu legen und zu korrigieren. Die „Verfassungsväter“ des 18. und 19. Jahrhunderts waren – so von Weizsäcker - kluge Leute, denn sie wussten um die Gefahren dieses „Populismus“ der Demokratie: daher waren sie gegen das allgemeine Wahlrecht und sie konstruierten ein Zweikammersystem, in dem die obere Kammer die „Volksvertretung“ bremsen konnte, wenn diese auf „solche unbedachten, kurzfristig populären Umverteilungsmaßnahmen hinauswollte“ (S.108). Deutlicher kann das Misstrauen der neoliberalen Vordenker gegen die Demokratie nicht artikuliert werden.

außer Kraft gesetzt ist. Solche Formen eines direkten Zugriffs der Ökonomie, d.h. von Kapitalinteressen, auf die Politik haben sich im Zeichen der neoliberalen Hegemonie ausgeweitet:

- Dass Verbands- und Konzerninteressen auf den Prozess der Gesetzgebung, d. h. auf die Parlamentarier, Einfluss zu nehmen suchen, ist nicht neu. Allerdings hat sich auf der nationalen wie der europäischen Ebene die Zahl und der Einfluss der Lobbyisten erheblich ausgeweitet. Ehemalige sozialdemokratische Minister der „rot-grünen“ Regierung, vorab der ehemalige Bundeskanzler Schröder selbst oder sein Wirtschaftsminister Clement, sind in Führungspositionen von Konzernen aufgerückt, die von Entscheidungen profitieren, die sie als Politiker (im Energiebereich oder bei der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes) getroffen haben. Robert Reich 2008: 174 ff.), der ehemalige Arbeitsminister unter Bill Clinton, hat in einer neuen Arbeit gezeigt, wie in den USA das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie dadurch untergraben wird, dass sich die großen Konzerne und Finanzinstitute Politiker kaufen, um den Gesetzgebungsprozess in ihren Interesse zu beeinflussen. Zusätzlich müssen sie auch Wissenschaftler kaufen, denn es häufen sich die politischen Entscheidungen, bei denen die Expertisen von Wissenschaftlern gegeneinander stehen. Die Zahl der eingetragenen Lobbyisten in Washington DC hat sich zwischen 1975 und 2005 von 3 400 auf 32 890 erhöht. Wahlkampfspenden und Aufwendungen der Lobbyisten haben sich in diesem Zeitraum ebenfalls vervielfacht (ebd. 176/77).

- Durch eine Intervention des Bundesrechnungshofes ist bekannt geworden, dass in zahlreichen Ministerien der deutschen Bundesregierung Vertreter von Konzernen oder von Kapitalverbänden tätig sind, um an der Ausarbeitung und Formulierung von Gesetzesvorhaben mitzuwirken. Auch in diesem Bereich hat die von Gerhard Schröder geführte Regierung Pionierarbeit geleistet. So sorgen zum Beispiel im Gesundheitsministerium Mitarbeiter von Pharmaverbänden und Krankenkassen teilweise als Referatsleiter dafür, dass weder Preisobergrenzen für Medikamente und bessere Präventionsförderung noch ein wirksamer Risikostrukturausgleich zwischen den Kassen Eingang in die Gesetze zur Gesundheitsreform fand. Wichtige Gesetzesvorhaben beispielsweise zum Fluglärmschutz oder zur Energiepreisregulierung wurden so stark verwässert, dass den Konzernen hohe Aufwendungen erspart blieben. Mit anderen Vorhaben - beispielsweise zu Hedge-Fonds und Private-Public-Partnerships – wurden völlig neue Geschäftsfelder zum Schaden der Verbraucher und der öffentlichen Haushalte eröffnet (Adamek / Otto 2008). Einige Parlamentarier zeigen sich empört und fordern Transparenz für den „Einsatz von Leihbeamten“. Sie sind sich wohl dessen bewusst, dass diese Form der direkten Verzahnung von Wirtschaftsinteressen und Gesetzgebung der Demokratie erheblichen Schaden zufügt<sup>24</sup>.

<sup>24</sup> Eine gründliche Aufarbeitung dieser Entdemokratisierungstendenzen hätte auch auf die zunehmende Internationalisierung des Staates und die Verlagerung von Souveränität und Kompetenzen auf Internationale Organisationen oder – wie im Fall der Europäischen Union – auf supranationale Organe einzugehen. Seit dem Binnenmarktprogramm aus der zweiten Hälfte der 80er Jahre wirkt die EU zunehmend als Akteur, der Rahmenbedingungen für Marktliberalisierung und Marktintegration schafft (Bieling / Deppe 2003; Bieling 2004). Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen (z. B. im Telekommunikationsbereich oder im Verkehrsbereich) wurde durch die EU angestoßen; die sog. „Bolkestein-Richtlinie“ für die Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte hat ebenfalls weitreichende Bedeutungen für Beschäftigung, Löhne sowie für die Reichweite gewerkschaftlicher Interessenvertretung (vgl. Bsirske u.a.). Die Kritik am politischen System (und der Macht der EU) beginnt in der Regel mit dem Hinweis auf das „Demokratiedefizit“: das EU-Parlament hat keine wirklichen legislativen Funktionen und die Entscheidungen in der Kommission und im

Nun zeichnet sich aber die gegenwärtige Epoche nach 1991 gerade dadurch aus, dass die Kräfte der Arbeiterbewegung, der sozialistischen und kommunistischen Linken – im historischen Vergleich – in der Folge des Zusammenbruchs des „Realsozialismus“, sowie der Krise des Sozialismus in den Kapitalmetropolen sowie in der sog. „Dritten Welt“ - extrem geschwächt sind. Mit anderen Worten: wenn die Diagnose von der Tendenz zum autoritären Kapitalismus richtig ist, dann ist diese jedoch mit der „Bonapartismus-These“ nicht zu erklären; denn die herrschende Klasse hat derzeit keinen Grund, sich vor einem „revolutionären Proletariat“, einer starken – am Marxismus orientierten – antikapitalistischen Bewegung oder vor Staaten, die dem Imperialismus militärisch die Stirn bieten könnten, zu fürchten<sup>25</sup>. Wir haben vielmehr gesehen, wie die Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten des Kapitals und die Durchsetzung der neoliberalen Politik die Gesellschaft verändert, d. h. entpolitisiert und entdemokratisiert. Das Kapital nutzt die radikale Veränderung der Kräfteverhältnisse zu seinen Gunsten aus, um durch Privatisierung und Flexibilisierung Institutionen des kollektiven Schutzes der Arbeiterklasse zu schleifen, die deren Organisationen in Zeiten durchsetzte, in denen die Position des Kapitals geschwächt war. Das Zusammenwirken der verschiedenen Tendenzen (Massenarbeitslosigkeit, Prekarisierung, Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt, Privatisierung der Sozialsysteme und von öffentlichem Eigentum; Beeinflussung durch die privaten Medien) erzeugt jene disziplinierenden Mechanismen, die die Stabilität des neoliberalen Regimes über die Anpassung der Individuen (aber auch von Interessenverbänden, die die Logik von der Alternativlosigkeit zur herrschenden Politik akzeptiert haben) gewährleisten soll. Aus der Sicht der herrschenden Klasse ist dieser Selbststabilisierungsprozess in der Zivilgesellschaft notwendig, um das Potential von Widerstand gegen diese Herrschaft zu reduzieren und die politische Linke klein zu halten. Gleichzeitig fürchten die Strategen dieser Politik die Konfliktpotentiale, die sich in der Gesellschaft akkumulieren<sup>26</sup>. Sie fürchten wahrscheinlich die Implosion mehr als eine Revolution<sup>27</sup>. Deshalb ist der gleichzeitige Ausbau der Repressiv- und Kontrollapparate des kapitalistischen Staates (die zunächst dem Kampf gegen den „Terrorismus“ dienen sollen) notwendig, um präventiv für jene Konfliktfälle gewappnet zu sein, die aus der Freisetzung des

---

Ministerrat unterliegen keiner demokratischen Kontrolle.

<sup>25</sup> Während die derzeitige Politik der USA Al-Quaida und den islamischen Terrorismus zum Hauptfeind erklärt hat, betrachten Analytiker aus der realistischen Schule die Volksrepublik China als den mächtigsten Gegner der USA im 21. Jahrhundert. Die Stabilisierung Russlands unter Putin hat freilich bei den „Neocons“ die Rhetorik des Kalten Krieges wiederbelebt. Darin reflektiert sich u.a. die Einsicht, dass ein stabiles Russland – aufgrund seiner Energieressourcen und aufgrund seiner militärischen Macht – ebenfalls als machtvoller Gegenspieler der USA und ihrer Verbündeten auf den Weltmarkt und die Bühne der Weltpolitik zurückkehren könnte. Für die Imperialismus-Analyse würde sich so das Konkurrenzverhältnis zwischen mächtigen (nunmehr) kapitalistischen Staaten als die dominante Achse der Weltpolitik im 21. Jahrhundert etablieren.

<sup>26</sup> Wie empfindlich die herrschende Klasse auf Kapitalismuskritik reagiert, berichtete Spiegel-Online am 30. April 2005 unter der Überschrift: „Kapitalismus-Debatte. Unternehmensberater Berger warnt vor neuer RAF“. Roland Berger war immerhin einer der engsten Berater des sozialdemokratischen Kanzlers Gerhard Schröder: „Mit drastischen Worten hat Unternehmensberater Roland Berger die Kapitalismuskritik von SPD-Chef Müntefering verurteilt. Wenn einzelne Wirtschaftsführer öffentlich angeprangert werden, müsse man sich nicht wundern, wenn irgendwelche Verrückte schließlich RAF spielen“. Man sieht: die Leistungsträger der Nation sind schnell nervös, aber auch einfältig.

<sup>27</sup> Implosion bedeutet, dass die hoch komplexen Steuerungssysteme der modernen Gesellschaft (einschließlich des Marktes) nicht mehr funktionieren. Der Stromausfall oder das Steckenbleiben im Stau auf den Autobahnen ist gleichsam zum Paradigma für Systemversagen mit oftmals weitreichenden Konsequenzen geworden. Auch die realsozialistischen Systeme brachen letztlich in der Folge solcher „Implosionen“ zusammen.

Konkurrenzkampfes und der Beseitigung von kollektiven sozialen Schutzwällen entstehen könnten. Es besteht so ein Zusammenhang zwischen der Erosion neoliberaler Hegemonie (z. B. die wachsende „Unzufriedenheit mit der Politik“, aber auch die steigenden Umfragewerte für die Linkspartei in Deutschland) und dem präventiven Ausbau der Kontroll- und Handlungsbefugnisse der staatlichen Sicherheitsapparate.

Dass die Gesellschaft nicht nur durch den Staat – oder gar durch seine Repressivorgane – im Zustand der Stabilität gehalten wird, sondern durch eigene „selbst-referentielle“ Funktionen der Integration und der Konfliktbearbeitung – diese Erkenntnis ist nicht neu, sondern sie gehört zum Wissensbestand der modernen Gesellschaft und der soziologischen Systemtheorie (spätestens seit Talcott Parsons sein sog. AGIL-Schema konstruierte). Als Herbert Marcuse in den frühen 60er Jahren sein Buch vom „Eindimensionalen Menschen“ schrieb, wollte er aufzeigen, wie im Konsumkapitalismus (US-amerikanischer Prägung) die Grundwidersprüche einer kapitalistischen Ökonomie und Klassengesellschaft zwar fortbestehen, deren subjektive Artikulation (gar deren kollektive politische Organisation) jedoch unterbunden wurde. Die „Arbeiterklasse“ ist nicht mehr revolutionär, sondern integriert und findet ihr subjektives Glück in dem Streben nach anspruchsvollen Konsumgütern (wie Automobile, Eigenheime, Urlaubsreisen etc.). An die Stelle des „unglücklichen Bewusstseins“ – so Marcuse (1964: 76 ff.) – tritt die reine Oberfläche eines glücklichen, posthistorischen Bewusstseins, unter der sich nichts anderes mehr verbirgt als die endlose Verdoppelung der positiven Zustimmung zum Lauf der Welt. Diese Zeitdiagnose wurde schon Ende der 60er Jahre durch den Aufschwung der Klassenkämpfe nicht nur in Westeuropa problematisiert. Die gegenwärtige Herrschaftskonstellation zeichnet sich freilich im Unterschied zu Marcuse Begriff der „Eindimensionalität“ dadurch aus, dass in der Folge der neoliberalen Politik und der Freisetzung der Marktkräfte soziale Spaltungen und eine allgemein Verunsicherung zunimmt, die vielfältige Formen eines „unglücklichen Bewusstseins“ hervorbringt, jedoch noch keinen mehrheits- oder gar hegemoniefähigen politischen Ausdruck gefunden hat. Die Tendenz zum autoritären Kapitalismus ist daher auch eine Antwort der Furcht des „Blocks an der Macht“, dass dieses „unglückliche Bewusstsein“ sehr schnell umschlagen könnte in Widerstand und Rebellion.

##### *5. Widerstand gegen den autoritären Kapitalismus – Verteidigung und Erweiterung der Demokratie*

Wir haben schon am Anfang festgestellt, dass – etwa im Unterschied zur Bewegung gegen die Notstandsgesetzgebung in den 60er Jahren oder zur Auseinandersetzung um die Volkszählung in den 80er Jahren – heute keine breite außerparlamentarische Bewegung gegen den „Notstand der Demokratie“ existiert. Wir befinden uns also in einer Phase des „issue-raising“, d.h. es muss Druck erzeugt werden, um das Thema in die öffentlichen Debatte hineinzutragen. Dennoch beginnt und entwickelt sich der Widerstand gegen den „autoritären Kapitalismus“ bzw. gegen den „disziplinierenden Neoliberalismus“ überall da, wo soziale Bewegungen aus dem „stählernen Gehäuse“ der Eindimensionalität und der Subalternität ausbrechen, die immer schon durch die Akzeptanz des Satzes, dass es zur neoliberalen Politik „keine Alternative“ gäbe, vorgegeben ist. Insofern haben die sog. „globalisierungskritische Bewegung“ (seit „Seattle 1999“), die Kämpfe der Gewerkschaften gegen die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die Massenarbeitslosigkeit und die damit verbundenen Verelendungstendenzen sowie gegen den Sozialabbau einen wichtigen Beitrag zur

Verteidigung der Demokratie geleistet. Bewegungen „von unten“ brauchen die Demokratie wie die „Luft zum Atmen“; sie leisten einen Beitrag zur Repolitisierung der Öffentlichkeit und üben damit auch Druck auf die Parteien und Verbände aus. Die Entwicklung der Linkspartei in Deutschland – und ihre jüngsten Erfolge bei den Wahlen zu den Landesparlamenten im Westen – ist insofern ebenfalls – mit dem Aufbrechen der quasi-Monopole der bisherigen vier „Staatsparteien“ – ein Beitrag zur Demokratisierung, indem diese Partei deutlich Alternativen zu den außen-, wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen des neoliberalen Parteienkartells aufzeigt und dabei – über die Medien wie das Parlament – eine größere Öffentlichkeit erreicht. Die Linkspartei hat sich in diesem Sinne im Bundestag auch gegen die Projekte von Innenminister Schäuble gewandt.

Für die Neue Linke geht es nicht nur darum, die Demokratie als „Luft zum Atmen“ zu verteidigen. Im Prozess der Neugründung wird sie sich gründlich mit der Frage Sozialismus und Demokratie auseinandersetzen müssen – nicht allein im Hinblick auf das Scheitern der staatssozialistischen Systeme, sondern auch im Hinblick auf die Ausarbeitung eines Konzeptes und einer Strategie der Demokratisierung, die in erster Linie auf die Selbstverwaltung der Gesellschaft gerichtet ist. Gleichzeitig fordert die Internationalisierung des Staates und der Politik die Linke heraus, solche Konzepte der Demokratisierung auch im Hinblick auf die transnationale Ebene weiter zu entwickeln. In der Auseinandersetzung um die sog. „EU-Verfassung“ und die sog. „Bolkestein-Richtlinie“ der EU, aber auch bei den internationalen „Sozialforen“ (nach Porto Alegre), bei den Großdemonstrationen gegen die G-8-Gipfel (von Genua bis „Heiligendamm“) haben sich neue Formen einer grenzüberschreitenden demokratischen Politik bewährt, die ausgebaut werden müssen. Den Gewerkschaften sollte bewusst werden, dass die Durchsetzung der neoliberalen Politik – vor allem in den Betrieben und in der Wirtschaft insgesamt – mit ihrer Schwächung zugleich eine massive Entdemokratisierung beinhaltet. Das Fundament für die Stabilität der politischen Demokratie bildet die sozialstaatliche und wirtschaftliche Demokratie. Diese Lehre aus dem vergangenen Jahrhundert sollte nicht vergessen werden; sie muss aber auf der Höhe der Zeit – d. h. im Blick auf die heutigen Strukturen und Entwicklungsdynamiken des weltweiten Kapitalismus – erneuert werden.

Der politische Streik ist in der Geschichte der Arbeiterbewegung immer dann diskutiert und auch durchgeführt worden, wenn die Demokratie – aufgrund reaktionärer Aktivitäten und Bestrebungen – in Gefahr war. So drehte sich die Massenstreikdebatte in der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914 auch um die Frage der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts; im Kapp-Putsch des Jahres 1920 ging es um die Verteidigung der Republik, aber auch um die Verteidigung der Ergebnisse der Novemberrevolution in Deutschland. Als im Mai 1968 die Notstandsgesetze im Bundestag verabschiedet wurden kam es nicht allein in Bonn zu einer großen Demonstration, sondern auch zur Besetzung zahlreicher Universitäten in der Republik und auch zu einzelnen Streikaktionen von Belegschaften. Die Forderung nach Generalstreik hatte zu dieser Zeit keine Chance, in den Gewerkschaften eine Mehrheit zu finden; sie wurde jedoch bei vielen Gewerkschaftsversammlungen und –aktionen erhoben. Dennoch beruhte die Kraft dieser außerparlamentarischen Bewegung darauf, dass in den DGB-Gewerkschaften – angeführt von der IG Metall und ihrem Vorsitzenden Otto Brenner – eine Mehrheit beim „Nein“ gegen die Notstandsgesetze blieb, obwohl die SPD, die sich in der Regierung der Großen Koalition schließlich an der Verabschiedung beteiligte,

massiven Druck auf die DGB-Gewerkschaften ausübte, um diese Position zu revidieren. Die Stärke dieser Bewegung beruht freilich auch darauf, dass an den Universitäten sowohl studentische Gruppen (eine Koalition zwischen dem SDS und dem SHB, dem LSD, der HSU und anderen Gruppen) sowie eine große Zahl von Professoren sich öffentlich gegen die Notstandsgesetze engagierten. Die beiden großen Kongresse gegen die Notstandsgesetze in Bonn (1965) und in Frankfurt (1966) führten den Widerstand aus der Arbeiterbewegung und aus der Intelligenz zusammen. In der „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“ (wie sie sich seit 1966 nannte), die den jährlichen „Ostermarsch“ organisierte, wurden schließlich die Themen Demokratie, Abrüstung, Friedenspolitik miteinander verbunden. Selbstverständlich sind solche historischen Erfahrungen nicht einfach auf die Gegenwart zu übertragen. Ihre Aneignung kann jedoch dazu beitragen, in der Gegenwart bewusster zu handeln - zum Beispiel am Aufbau eines breiten Bündnisses von Linksliberalen (wie Gerhard Baum), von Gewerkschaftern, Vertretern aus den politischen Parteien (vor allem aus der Linkspartei) aus den Bürgerbewegungen, aus dem Komitee für Grundrechte und Demokratie, dem republikanischen Anwaltsverein und vielen anderen Organisationen mitzuwirken.



## Literatur

- Abendroth, Wolfgang (1954), Die deutschen Gewerkschaften. Weg demokratischer Integration, Heidelberg.
- Abendroth, Wolfgang u.a. (1967), Hg, Faschismus und Kapitalismus, mit Beiträgen von August Thalheimer u.a., Frankfurt / Wien.
- Abendroth, Wolfgang (1967), Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied und Berlin.
- Adamek, Sascha / Otto, Kim (2008), Der gekaufte Staat? Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben, Köln.
- Altvater, Elmar / Mahnkopf, Birgit (2002), Globalisierung der Unsicherheit, Münster.
- Becker, Jens / Jentsch, Harald (2007), Otto Brenner. Eine Biographie, Göttingen.
- Beckmann, Martin u.a. (2006), In schlechter Verfassung? Ursachen und Konsequenzen der EU-Verfassungskrise, in: Prokla 144, 36. Jg., Nr. 3, September 2006, S. 307 – 324.
- Bieling, Hans-Jürgen (2004), Europäische Integration: Determinanten und Handlungsmöglichkeiten, in: Beerhorst, Joachim u.a. (Hg.), Kritische Theorie und gesellschaftlicher Strukturwandel, Frankfurt / Main, S. 128 – 152.
- Bieling, Hans-Jürgen / Deppe, Frank (1996), Gramscianismus in der internationalen politischen Ökonomie, in: Das Argument, Jg. 38, Heft 217, S. 729 – 740.
- Bieling, Hans-Jürgen / Steinhilber, Jochen (2000), Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster.
- Bieling, Hans-Jürgen / Deppe, Frank (2003), Die neue europäische Ökonomie und die Transformation von Staatlichkeit, in: Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate (H.), europäische Integration, 2. Auflage, Opladen, S. 513 – 540.
- Bieling, Hans-Jürgen / Deckwirth, Christina / Schmalz, Stephan (2007), Hg., Die Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur in der europäischen Union, FEI-Studie Nr. 25, Marburg.
- Bischoff, Joachim / Lieber, Christoph (2006), Mythos 68 – eine Deutung unter dem Blickwinkel des bundesdeutschen Spießers. Zu Goetz Alys Vergangenheitsbewältigung, in: Sozialismus, 4/2008, S. 51 – 56.
- Bobbio, Noberto (1988), Die Zukunft der Demokratie, Berlin.
- Bourdieu, Pierre (1997) Warnung vor dem Modell Tietmeyer, in: ders., Der Tote packt den Lebenden. Schriften zu Politik & Kultur, 2, Hamburg, S. 171 – 177.

- Brandt, Thomas / Drews, Katrin / Schulten, Thorsten (2007), Liberalisierung des deutschen Postsektors – Auswirkungen auf Beschäftigung und Tarifpolitik, in: WSI-Mitteilungen 52007, S. 266 – 173.
- Brenner, Otto (2007), Ausgewählte Reden, 1946 – 1971, Göttingen.
- Brumlik, Micha (2008) , Die Rückkehr des Reaktionärs, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2008, S. 55 - 65.
- Bsirske, Frank u.a. (2006), Die EU-Dienstleistungsrichtlinie. Ein Anschlag auf das europäische Sozialmodell, Hamburg.
- Canfora, Luciano (2006), Eine kurze Geschichte der Demokratie, Köln.
- Castel, Robert (2005), Die Stärkung de Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat, Hamburg.
- Crouch, Colin (2008), Postdemokratie, in: Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, 4/2008, S. 4 – 7.
- Davis, Mike (2006), Planet of Slums, London – New York.
- Depenheuer, Otto (2007), Selbstbehauptung des Rechtsstaates, Paderborn / München / Zürich.
- Deppe, Frank (1997), Kapitalismus und Demokratie. Ist die Marxsche Kritik der Politik überholt?, in: ders., Fin de Siècle. Am Übergang ins 21. Jahrhundert, Köln, S. 22 – 62.
- Deppe Frank u.a. (2004), Der neue Imperialismus, Heilbronn.
- Deppe, Frank (2006), Konservative Gegenrevolution und Faschismus: Carl Schmitt, in: ders., Politisches Denken im 20. Jahrhundert, Band 2: Politisches Denken zwischen den Weltkriegen, Hamburg, S. 157 – 206.
- Deppe, Frank (2007), Antonio Gramsci, Gefängnishefte (1948-1951), in: Brocker, Manfred (Hrsg.), Geschichte des politischen Denkens, Frankfurt / Main, S. 554 – 569.
- Dörre, Klaus (2005), Wiederkehr der Unsicherheit – Konsequenzen für die Arbeitspolitik, in: Detje, Richard u.a. (hrsg.), Arbeitspolitik kontrovers, Hamburg, S. 73 – 103.
- Ehrenreich, Barbara (1993), Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse, München.
- Feindbild Demonstrant (2008), hrsgg. v. Republikanischer Anwältinnen- und Anwaltsverein / Legal Team. Der G-8-Gipfel aus der Sicht des anwaltlichen Notdienstes, Berlin.
- Fisahn, Andreas (2007), Auf dem Weg in den Sicherheitsstaat? In: Sozialismus, 7-98/2007, S. 4 – 13.

- Friedman, Milton (1976), Kapitalismus und Freiheit, München.
- Gill, Stephen (2000), Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration, in: Bieling / Steinhilber (hrsg.), a.a.O., S. 23 – 50.
- Gill, Stephen (2003), Power and Resistance in the New World Order, New York.
- Harvey, David (2005), A Brief History of Neoliberalism, Oxford.
- Henkel, Olaf (1999), Wettbewerb und Mitbestimmung,. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 3/1999, S.- 146 – 149.
- Hillenbrand, Ernst (2007), Zwischen alten Rezepten und neuen Herausforderungen: „die europäische Linke muss sich neu orientieren“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- Hirsch, Joachim (2005), Materialistische Staatstheorie, Hamburg.
- Hofer, Walther (1957), Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933 – 1945, Frankfurt / Main.
- Köhler, Thomas (2008), Verlorenes Terrain. \*Über das Schwinden von Freiheit und Widerständigkeit im neoliberalisierten Alltag, in: Utopie kreativ, 211, Mai 2008, S. 224 – 229.
- Komitee für Grundrechte und Demokratie (2008), Hrsg., Jahrbuch 2008. Die globale Transformation menschenrechtlicher Demokratie, Münster.
- Kronauer, Martin (2002), Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus, Frankfurt – New York.
- Leutheuser-Scharrenberger, Sabine (2008), Auf dem Weg in den autoritären Staat, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/2008, S. 61 – 70.
- Lösch, Bettina (2007), Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie, in: Butterwege, Christoph u.a., Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden, S. 221 – 283.
- Marx, Karl (1906), Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Band 8, Berlin, S. 113 –207.
- Mouffe, Chantal (2007), Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt / Main.
- Panitch, Leo / Gindin, Sam (2003), Euro-Kapitalismus und amerikanischer Imperialismus, in: Beckmann, Martin u.a. (Hrsg.), „Euro-Kapitalismus“ und globale politische Ökonomie, Hamburg, S. 113 – 143.
- Salomon, David (2007), Mosebach und der König. Eine Büchner-Preis-Rede und der kleine Schritt vom Gott zum Führer, in: Sozialismus, 12/2007, S.

- Schui, Herbert (1997), Ralf Ptak u. a., Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München. .
- Singe, Martin (2008), Wie die Bundeswehr die Demokratie zersetzt – oder: die demokratiewidrige Entgrenzung des Militärischen nach außen und innen, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Hrsg., Jahrbuch 2008. Die globale Transformation menschrechtlicher Demokratie, Münster, S. 98 – 112.
- Speck, Ulrich / Snaider, Natan (2003), Hrsg., Empire Amerika. Perspektiven einer neuen Weltordnung, München.
- von Weizsäcker, Christian (1999), Logik der Globalisierung, Göttingen.
- Wernicke, Jens / Bultmann, Thorsten (2007), Hg., Netzwerk der Macht – Bertelsmann. Der media-politische Komplex aus Gütersloh, 2. Auflage, Marburg.